



medico international

rund- schreiben 03/15

Flucht und Migration: Stunde der Autonomie
Südafrika: Bewegung in der Gesundheitspolitik
Guatemala und Sri Lanka: Demokratische Wende?

KOMMENTAR 4
SYRIEN 8
DEUTSCHLAND 14
MALI 16
PROJEKTE – PROJEKTIONEN 19
SÜDAFRIKA 22
GUATEMALA 26
SRI LANKA 30
HAITI 34
GRIECHENLAND 38
SPANIEN 42
MEDICO MATERIALLISTE 44
SERVICE/IMPRESSUM 46

Liebe Leserinnen und Leser,

als wir dieses Heft planten, beschäftigten uns die Auswirkungen der griechischen Krise, die Unfähigkeit der europäischen Politik, eine Reform, die den Namen verdient – nämlich einen Schuldenschnitt – durchzuführen, und die globale Bedeutung dieser Ereignisse. Längst aber haben die aktuellen Entwicklungen die griechische Erfahrung verdrängt. Geflüchtete aus Syrien und anderen Krisenländern machen sich als Akteure sichtbar, die nicht länger im Abseits der Öffentlichkeit Krieg und Marginalisierung erdulden wollen. Und überall in Deutschland

und anderen europäischen Ländern entstehen neue Netzwerke und wiedererstehen alte Strukturen, die spontan erste Hilfe leisten. Manche sehr radikal: Fluchthilfe im eigenen Auto oder durch die Unterzeichnung von zum Teil lebenslang geltenden Verpflichtungserklärungen, um Menschen in Not die Aus- und Einreise zu erleichtern. Wir erleben eine Zivilgesellschaft, die angesichts der humanitären Katastrophe zu zivilem Ungehorsam bereit ist. Das ist überwältigend.

Die Folgen: Die deutsche Regierung muss die Aufnahme von syrischen und anderen Flüchtlingen zulassen. Dublin II und das europäische Grenzregime haben große Löcher bekommen. Und selbst die rechte dänische Regierung, die noch immer die Staatsgewalt gegen Flüchtlinge aufrechterhalten wollte, musste am Ende kapitulieren. In der griechischen Krise hat in Deutschland ein Diskurs noch funktioniert, der an die Ängste, eigene Privilegien zu verlieren, appellierte. Heute hingegen sind viele Menschen bereit zu teilen. Das ist vielleicht der erste Schritt, sich von der „imperialen Lebensweise“ zu verabschieden, von der der Soziologe Ulli Brand auf der medico-Tagung „Beyond Aid“ im Februar 2014 sprach.

Warum die griechischen Ereignisse und die Bewegung der Geflüchteten zusammenhängen, zeigt auch dieses Heft. Denn die Frage nach einer Demokratie, die eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit und Inrechtersetzung aller Menschen gewährleistet, ist heute neu gestellt. Wenn syrische Geflüchtete das Europa-Banner schwenken, dann meinen sie diese Demokratie und nicht eine Verwaltung, die Wirtschaftsinteressen vor die Interessen und das Wohlbefinden der Menschen setzt.

So ist aus diesem Rundschreiben eine Reise durch die Welt der Aufstände und Bewegungen geworden, der Flucht und dem Aufbruch, dem Kampf gegen Korruption und für eine Demokratie, die die Menschen tatsächlich repräsentiert. Ob in Guatemala, Südafrika, Sri Lanka oder Syrien, Mali oder Haiti – es handelt sich um ähnliche Fragen. Wir berichten aus diesen Ländern, über die Arbeit unserer Partner, die sich alle in diesen Auseinandersetzungen engagieren, und dabei tatsächlich existentielle Kämpfe führen. Sie sind die Voraussetzung dafür, angemessene Lösungen zu finden, von denen wir, wie Carlos Pérez schreibt, „heute mehr denn je zur Hand haben“.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Katja Maurer




Foto: Reuters

Ein Selfie als Erinnerung und für die Liebsten daheim. Flüchtlinge aus dem kurdischen Kobane in Syrien landen am Strand der griechischen Insel Lesbos.

Verblen- dung



„Es ist der Krieg gegen den Finanzkapitalismus, der uns das Leben versaut.“

Von Griechenland bis zur Entwicklungs- politik: Wie Ausbeutung und Unterwerfung als Akt der Solidarität inszeniert werden

Von Thomas Gebauer

Verblendung, das lehren uns die Ereignisse dieser Tage, hat viele Seiten. Aber nicht eine davon könnte Positives für sich in Anspruch nehmen. Ob als Irreführung, als Engstirnigkeit oder als Ressentiment, immer verweist Verblendung auf einen Zwangszusammenhang, dem nicht Rationalität, sondern Wahn anhaftet. Deutlich wird das in fremdenfeindlichen Haltungen, in der Art, wie deutsche Politiker und Medien mit der Krise in Griechenland umgehen, aber auch in den Reaktionen auf die katastrophale Tendenz, die in der Welt herrscht. Verblendung ist der Grund, warum Lehrmeinungen und Vorurteile überdauern, die einer ernsthaften Überprüfung nie standhalten würden. Verblendung sorgt dafür, dass Strategien, die das globale Krisengeschehen antreiben, zugleich auch als Rettungsanker gesehen werden. Unter solchen Umständen dürfen Alternativen, so begründet sie auch sein mögen, nicht zugelassen werden. Sie würden das Dogma, dass es zum herrschenden Zerstörungsprozess keine Alternative gebe, als das entlarven, was es ist: ein Mythos.

Verblendung wird heute nicht zuletzt in der Umdeutung ehemals positiv konnotierter Begriffe deutlich. Reformen beispielsweise verweisen längst nicht mehr auf gesellschaftliche Verbesserungen, sondern bedeuten in der Regel Sozialabbau. Und hinter Solidarität steckt häufig genug der Zwang zur Unterwerfung. Wie weit diese Irreführung inzwi-

schen geht, zeigt sich in den Debatten im Bundestag, in den Medien und am Stammtisch. Ungebrochen ist von „Hilfspaketen“ für Griechenland die Rede, obwohl längst feststeht, dass sie die dortige Krise nicht lösen, sondern nur verfestigen werden. Schon die beiden vorangegangenen „Hilfspakete“ haben die griechische Wirtschaftsleistung um ein Viertel sinken lassen. Mit dem dritten, da sind sich namhafte Ökonomen einig, droht jetzt der vollständige Absturz. Und wenn Griechenland auf Druck Deutschlands nun auch noch das profitable öffentliche Eigentum privatisieren muss, dann sollte statt von „Hilfe“ von Beutemachen die Rede sein. Mit von der Partie ist Fraport, der Betreiber des Frankfurter Flughafens, der sich von den 44 griechischen Regionalflughäfen die 14 lukrativsten herauspicken möchte. Dass dann die anderen 30 umso mehr den griechischen Haushalt belasten werden, ist den „Rettern“ ebenso egal, wie der überaus anrühige Umstand, dass so griechisches Staatseigentum in deutsches öffentliches Eigentum überführt würde, denn Mehrheitseigentümer von Fraport sind das Land Hessen und die Stadt Frankfurt.

Der Preis, den die Griechen für diese „Rettung“ zu zahlen haben, ist hoch; er liegt auch im Verlust der Souveränität. Nicht der „demos“, das griechische Staatsvolk entscheidet künftig über die Geschicke des Landes, sondern von außen

dikierte technokratische Vorgaben. Im Zeichen von „Solidarität“ verwandelt sich Griechenland zu einer Region unter Vormundschaft.

„Hilfe“ zur Selbsthilfe

Dass Hilfe bestehende Abhängigkeiten und Not stabilisieren kann, ist seit langem bekannt. Und es ist auch kein Geheimnis, dass sich aus Abhängigkeiten und Not weiterer Profit schlagen lässt. Das zeigt sich nicht nur an Griechenland. Der systematische Transfer von Ressourcen aus den Ländern des Südens nach Norden, der mit den kolonialen Raubzügen begann, hält bis heute an. Etwa 140 Mrd. Dollar gehen alljährlich dem Süden durch Steuergeschenke an internationale Investoren verloren; 51 Mrd. Dollar verschwinden in Steueroasen; ca. 500 Mrd. Dollar transferieren multinationale Unternehmen aus Produktionsstätten im Süden an ihre Aktionäre im Norden; und fast 1 Billion Dollar gehen in den Schuldendienst bzw. werden in Staatsanleihen im Norden angelegt. All das zusammen übersteigt die Geldflüsse von Nord nach Süd. Die Liberalisierung der globalen Waren- und Finanzströme hat den Norden zum Netto-Empfänger gemacht. Und darin liegt auch der Grund, warum Menschen auf der Suche nach Lebenschancen heute ihre Heimatländer verlassen müssen.

Angesichts solcher Verhältnisse möchte man Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller nur allzu gerne zustimmen. Auf der „UN-Konferenz zur Finanzierung von Entwicklung“, die im Juli 2015 in Addis Abeba abgehalten wurde, mahnte er eine gerechtere Verteilung der weltweiten Ressourcen an, verlangte internationale Sozial- und Umweltstandards und empfahl gar einen „Weltzukunftsvertrag“. Umverteilung und Regulation wären in der Tat nötig. Aber gerade die Regierung, der Müller angehört, setzt auf das Gegenteil: auf Spardiktate, Privatisie-

rung und eine voranschreitende Zerstörung der natürlichen und sozialen Lebensbedingungen. Eine Studie des „Institut für Welternährung“ hat kürzlich den Nachweis geführt, wie die aktuelle Entwicklungspolitik der Bundesregierung die Flüchtlingsbewegungen aus Afrika massiv verstärkt. Im Rahmen der „New Alliance für Food Security and Nutrition“, die auf eine Umstrukturierung der afrikanischen Landwirtschaft nach europäischem Vorbild setze, würden in den kommenden Jahren mehr als 100 Millionen Kleinbauern ihrer Existenz beraubt. Die Bundesregierung segle „Unter falscher Flagge“, so der Titel der Studie.

Flickschusterei

Wer einen neuen „Weltzukunftsvertrag“ wirklich will, müsste sich zunächst von jenem real existierenden „globalen Vertrag“ distanzieren, der einer solidarischen und verantwortungsbewussten Welt entgegensteht: die Vorherrschaft einer Ökonomie, die nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist, sondern an den Renditeerwartungen der Kapitaleigner. Und die dominieren leider auch die nachhaltigen Entwicklungsziele, die gerade von den Staats- und Regierungschefs in New York verabschiedet wurden. Tatsächlich lassen sich die 17 Ziele und 169 Unterziele auch mit viel Zustimmung lesen. Endlich eine universelle Strategie, die alle Länder gleichermaßen auffordert, die Armut zu bekämpfen und den Planeten zu retten. Tatkräftig hatten zivilgesellschaftliche Akteure an der Erarbeitung der Agenda mitgewirkt. Vielen gelang es, ihr jeweiliges Thema unterzubringen. Kaum jemand aber hat sich die Mühe gemacht, die vielen Ziele auf Konsistenz zu prüfen und das „Kleingedruckte“ zu lesen, das in den „means of implementation“ aufgelistet wird. Nicht über eine gerechte Verteilung von Ressourcen sollen die Ziele verwirklicht werden, sondern über Wachstum. Billiarden Dollar werden ge-

braucht werden, für die Länder primär selbst aufkommen sollen. Verpflichtende Regulierungen, etwa zum Schutz der Biodiversität, sind in letzter Minute am Veto mächtiger Industriestaaten gescheitert. Eklatant aber ist vor allem der Rückschritt in der Frage des Umgangs mit den Schulden. Hieß es in früheren globalen Vereinbarungen noch, dass beide Seiten, die Schuldner wie die Gläubiger Verantwortung tragen, sind es nun in erster Linie die Schuldner.

Das fundamentale Problem der neuen Entwicklungsagenda ist ihre Widersprüchlichkeit. Wie sollen Klima und Umwelt geschützt werden, wenn die Mittel, die für solche Maßnahmen notwendig sind, über das Wachstum einer zerstörerischen Produktionsweise generiert werden? Wie kann die Armut innerhalb eines Systems bekämpft werden, das Armut systematisch produziert? Das herrschende Weltwirtschaftssystem aber lässt sich nicht transformieren, ohne es zu verändern. Und so droht auch die neue Entwicklungsagenda als Blendwerk zu enden, als Flickschusterei. Wie ernst es der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit der Rettung des Planeten wirklich ist, macht ein Strategiepapier der GIZ deutlich. „Die Lieferfähigkeit des Unternehmens im Wachstumsmarkt fragile und Post-Konflikt-Staaten ist sichergestellt/erhöht.“ – Bürgerkriege und failed states als Wachstumsmarkt? Für die Lieferung von Hilfsgütern? Im Klartext heißt das: Wenn es kracht, ist es gut für das Geschäft.

Aufklärung

Den Verblendungszusammenhang aufzubrechen, gelänge in der heutigen Welt vielleicht nur noch einer unabhängigen Kunst, meinte Theodor W. Adorno. Tatsächlich sind radikale Eingriffe notwendig, um aus dem Zwangszusammenhang der Verblendung herauszufin-

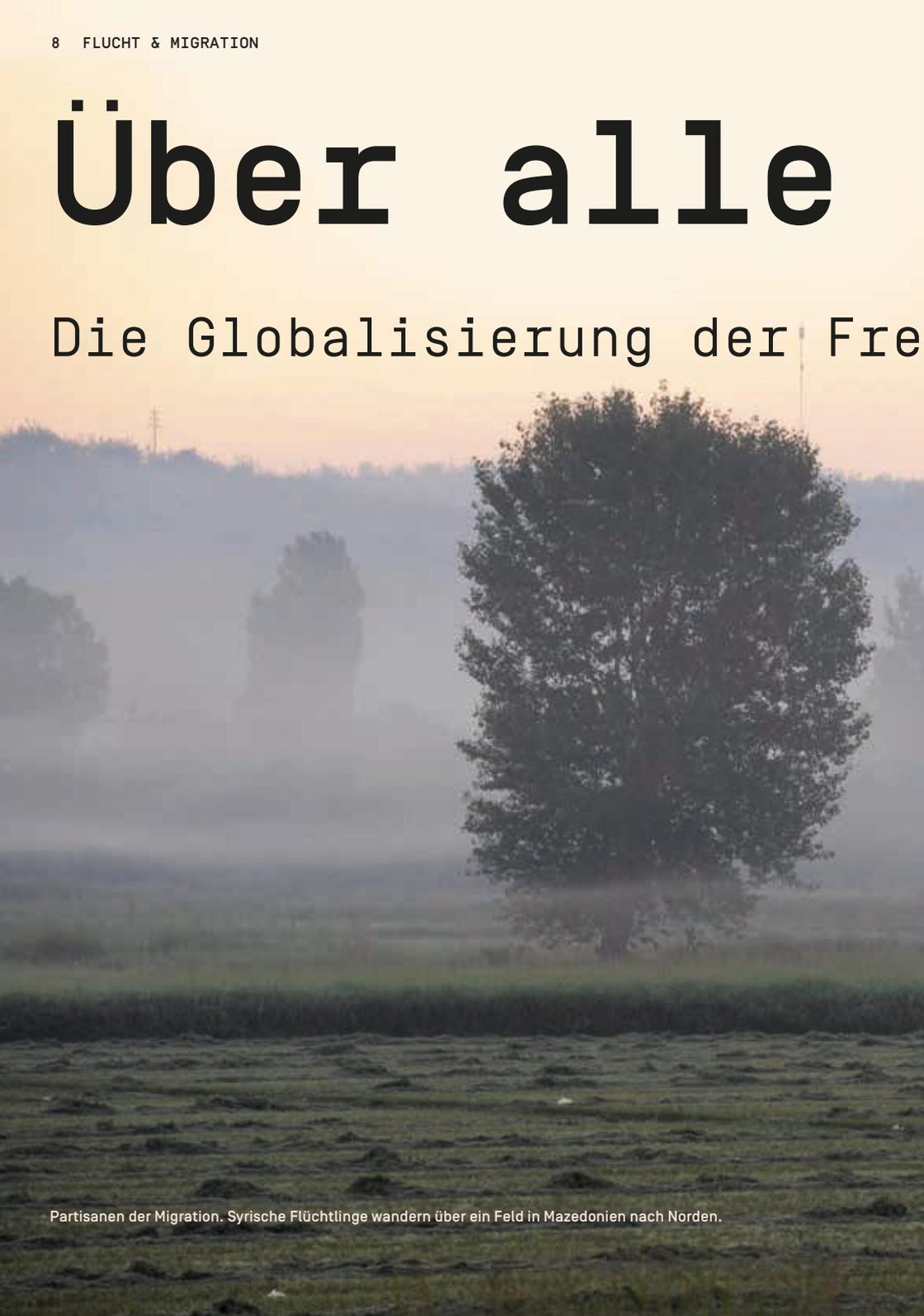
den. Eingriffe, die einer neuen, einer „nicht imperialen Lebensweise“ den Weg öffnen und von jener „Lebenskunst“ beseelt sind, die die Situationistische Internationale gegen das herrschende Spektakel forderte. Und so ist es gut, dass sich allerorten Menschen nicht die Kraft zur Reflexion nehmen lassen und mit Mut und Empathie aufbegehren. Das gegen eine Übermacht von konservativen Medien zustande gekommene „Nein“ der Griechen, die nicht gegen Europa, sondern für ein anderes Europa gestimmt haben, gehört dazu – genau so wie die vielen Initiativen, die sich hierzulande schützend vor Flüchtlinge stellen, die Ortsvereine, die gegen TTIP mobilisieren, die Wissenschaftler, die nicht auf den Schein von „Exzellenz“ schießen, sondern darauf bestehen, den realen Verhältnissen nachzuspüren. Es sind diese bewussten Brüche mit der herrschenden Verblendung, die uns helfen werden, Reform und Solidarität wieder in ihrer ursprünglichen Bedeutung erfahren zu können.



„Leben in einer Welt, die wir erfinden.“

Über alle

Die Globalisierung der Fre

A photograph of a misty landscape. In the foreground, there is a large, dark, leafy tree. Behind it, a field of tall grass or reeds is visible. In the background, there are rolling hills or mountains shrouded in a thick mist or fog. The sky is a pale, hazy color, suggesting dawn or dusk. The overall mood is quiet and somewhat somber.

Partisanen der Migration. Syrische Flüchtlinge wandern über ein Feld in Mazedonien nach Norden.

Grenzen

iheit



Syrien ist überall: Die große Flucht der Syrer nach Europa ist auch ein Kampf um ihre Rechte im eigenen Land

Von Martin Glasenapp

Haben wir alle etwas übersehen? Die zahlreichen Fotos und Filme der vorwiegend syrischen Flüchtlinge am Bahnhof Keleti kamen einem so bekannt vor. Wie sie dort zusammenstanden, in Gruppen sprachen, wie sie begannen Pappschilder zu beschriften, wie Kinder Zeichnungen in die Kameras hielten, ihre Gesichter schminkten, um ihre Forderungen der Welt zu zeigen. Wie sie ihre Demonstrationen durchführten, einer auf der Schulter des anderen, das Megaphon in der Hand, das rhythmische Klatschen im Takt, wie sie Arm in Arm eine rhythmische Welle machen, wie sie ihre Fahne, in diesem Fall die europäische, tragen. All diese Zeichen in Budapest und auf dem Marsch der Syrer nach Wien haben wir zu Beginn des syrischen Aufstands in Damaskus, in Daraa, in Homs oder auch in den kurdischen Regionen Syriens bereits sehen können.

Es war das Jahr 2011, als der arabische Frühling auch in Syrien begann. Die Revolution war noch nicht in einen Bürgerkrieg eskaliert, nichts schien entschieden und alles versprach besser werden zu können. Fast überall im Land kam es zu Versammlungen der Freude, des Aufbegehrens und der Leidenschaft, um die bleierne Last einer scheinbar immerwährenden Herrschaft des Assad-Regimes abzuschütteln. Es wurde geschrieben, publiziert, gedichtet und gesungen. Der syrische Bürgerjournalismus entstand. Der öffentliche Raum, den zuvor alle gemieden hatten, wurde auf einmal politisch. Es waren unerhörte Momente

einer pluralen Demokratie, einer Würde aller und des Freiheitswillens einer ganzen Gesellschaft. „Wir sind ein, ein Syrien“ waren die Rufe: die Einheit aller, die Einheit des Landes und der Gesellschaft gegen die Propaganda der religiösen Trennung und Hetze, mit der das Regime die Proteste spalten und vernichten wollte. Auf einmal entstand in Syrien etwas, was vorher nie ins öffentliche Leben getreten war: Die Armen in den Vorstädten erhoben sich, die Moscheen wurden zu Treffpunkten des Protestes, es entstanden Nachbarschaftsinitiativen, Komitees zum Schutze der Deserteure. Den von der Polizei Verhafteten wurde geholfen. Man fand sich nicht mehr ab mit der düsteren Vorkehrung, dass nichts möglich ist und alle nur in den Verließen der Macht enden. Der Bann war gebrochen.

Gesellschaft der Verjagten

Dann aber begann die Militarisierung. Der Kleinkrieg in den Vierteln, ein Regime, das keine Gnade kannte und einen Gegner in Form von Milizen fand, die sich ihrerseits zur Gnadenlosigkeit gezwungen glaubten. Der Widerstand radikalisierte sich, religiöse Kämpfer strömten ins Land, das Regime setzte Chemiewaffen gegen die Bevölkerung ein, Hunderte erstickten bei diesen Gasangriffen, Hungerblockaden wurden verhängt, z.B. im palästinensischen Viertel Jarmouk, tödliche Fassbomben, mit Sprengstoff und Metallschrott gefüllte Cont-

ainer, wurden von Hubschraubern über oppositionellen Wohnvierteln abgeworfen. Dazu der Ausfall der Elektrizität, der Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung, des Bildungssystems, der Stillstand des öffentlichen Lebens. Die syrische Revolution wurde ausgeblutet, zerrieben in den täglichen Opferzahlen und Schreckensmeldungen. Eine Gesellschaft, die den Untertanengeist abschütteln wollte, die ihre eigene Bürgerschaft erfand, versank in einer humanitären Katastrophe und wurde zu einer Gesellschaft der Verjagten.

Auch deshalb hatten wir alle bereits fast vergessen, wie alles begann. Aber die Bilder und Zeichen aus Budapest beweisen: Die Erfahrungen des demokratischen Aufstands sind immer noch da, und ihre Artikulation und Möglichkeit, die in Syrien keine Chance mehr hatte, wird jetzt von den Abertausenden mitgebracht, die keine Möglichkeit mehr sehen außer der Flucht nach Europa. Die syrische Flucht exportiert die Zeichen ihrer großen Erhebung: Freiheit und Würde – und auch ihre Fertigkeiten. Etwa wenn im von Flüchtlingen überfüllten Untergeschoss des Bahnhofs Keleti syrische Ärzte aus dem Nichts eine kleine Notfallklinik einrichteten, so wie sie es bereits in den Bombenkellern von Damaskus oder Aleppo getan hatten. Oder wenn sich die Syrer an der serbisch-ungarischen Grenze, in Budapest auf dem Marsch nach Wien oder auf dem Weg nach Skandinavien zusammenschließen, gemeinsam handeln und in diesen Momenten wieder ihren demokratischen Aufbruch verteidigen. Sie fordern ihre Rechte, wie sie es zuvor in Syrien getan haben.

Das aber ist nur die eine Seite. Wenn wir es wirklich verstehen wollen, wenn die Freundlichkeit ihrer momentanen Begrüßung im Land überdauern soll, dann müssen wir im gleichen Atemzug anerkennen, dass die Syrerinnen und Syrer und mit ihnen auch die Flüchtlinge aus dem Irak auch das Scheitern einer westlichen

Nahostpolitik mit nach Europa bringen. Sie bringen die Frage ihrer Zukunft mit zu uns und wie sie es tun, kann es keine Lösung ohne Anerkennung ihrer Freiheitsrechte auch in Syrien oder auch dem Irak geben. Sie sagen uns, dass es nicht ausreicht, wie die Welt versucht, die syrische Katastrophe zu verwalten. Jetzt sind 13 Millionen Syrer innerhalb und außerhalb des Landes auf der Flucht. Jahrelang hat die syrische Bevölkerung um Hilfe gebeten, sie forderte, dass das Sterben beendet und ein tatsächlicher politischer Wechsel möglich wird. Aber der Bürgerkrieg im Land, der auch ein Krieg vieler anderer auf dem Rücken der syrischen Bevölkerung ist – von der Türkei über den Iran bis zu den Golfstaaten, Russland und letztlich auch den USA – wurde höchstens eingehegt und stillgestellt in dem täglichen Sterben. Sogar die dringende und ständig unterfinanzierte humanitäre Hilfe alimentierte diesen Zustand in gewisser Weise, weil sie aus dem richtigen Gebot des Beistands in der Not zugleich die lokalen Herrschaften der einzelnen Warlords im kriegszerklüfteten Syrien stabilisiert, die alle Interesse an dem Verbleib der Menschen haben, sei es als finanzielle Ressource oder mögliche Wehrpflichtige.

Ziel bleibt ein anderes Syrien

Die Welt handelte, als könnte es ewig so weitergehen. Aber für die Menschen ging es nicht mehr. Syrien war eine Todesziffer geworden. Kaum einer von jenen, die jetzt in Ungarn, Österreich oder Deutschland sind, oder die sich auf den Weg gemacht haben, wollte sein Land verlassen. Nicht das Glücksversprechen Europa war es, sondern das nicht mehr auszuhaltende Leben zu Hause oder in einem der unzähligen Flüchtlingslager ließ sie aufbrechen. Allein im August kamen rund 1.300 Menschen in Syrien ums Leben, davon über 300 Kinder. Um die Städte Aleppo und Idlib wurden im ver-

gangenen halben Jahr 1,5 Millionen Syrer zu Flüchtlingen. Geschätzte 600.000 Menschen sind von der Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten weitgehend abgeschnitten. Das Welternährungsprogramm der UN musste aus Geldmangel die Hilfe für syrische Flüchtlinge in den Anrainerstaaten kürzen. Im April wurden noch 2,1 Millionen Flüchtlinge versorgt, heute sind es nur noch 1,4 Millionen. Unter diesen Bedingungen wird selbst ein nacktes Ausharren immer unmöglicher. Auch das ist ein Grund, warum sich jetzt ganze Familien auf den Weg machen. In Budapest waren Syrer aus fast allen Landesteilen. Aus Aleppo und Idlib im Norden, aus Raqqa, der IS-Hochburg, aus Deir ez-Zor am Euphrat, aus den kurdischen Gebieten, selbst aus Damaskus. Viele von ihnen gehören der Mittelklasse an, haben eine Ausbildung, zumeist ein englischsprechendes Familienmitglied. Und sie hatten noch die finanziellen Ressourcen, die gefährliche Flucht über das Mittelmeer und die Balkanstaaten zu bezahlen. Hört man ihnen zu, so sagen sie, dass sie keinesfalls ihren syrischen Traum aufgegeben haben, aber Syrien erst nach dem Ende des Krieges wieder eine Zukunft haben kann.

Aber nicht das Ende, sondern der Anfang einer erneuten Militarisierung ist absehbar. Es gibt Hinweise für eine verstärkte russische Truppenpräsenz im Land und das Assad-Regime hat sich mehr oder weniger auf seine Kerngebiete um Damaskus, Aleppo und die syrische Küste zurückgezogen. Aus dem palästinensischen Viertel Jarmouk in Damaskus berichtet der medico-Partner Jafra, dass eine erneute Hungersnot droht, weil Rebellenmilizen eine wichtige Verbindungsstraße unterbrochen haben. In Erbin, einer Stadt im Süden von Damaskus, kann ein Schulprojekt aufgrund starker Kämpfe derzeit nicht fortgesetzt werden. In der Türkei steht die kurdische Demokratiebewegung kurz vor dem Verbot, es kommt zu täglichen Gefechten, die in Momenten fast an

syrische Verhältnisse zu Beginn des Bürgerkriegs erinnern, etwa wenn in der Region Cizre Krankenwagen so lange vom Militär auf der Straße angehalten werden, bis die Verletzten verblutet sind. All das und die türkischen Pläne einer syrischen Sicherheitszone haben auch unmittelbare Auswirkungen auf die kurdischen Gebiete in Syrien. In Kobane verübte der „Islamische Staat“ im Juni ein Massaker, dem 240 Menschen zum Opfer fielen. Seitdem liegt die Angst vor einem weiteren Anschlag wie eine Glocke über der Stadt und lässt selbst von dort, wohin pro Woche noch immer 2.000 Menschen zurückkehren, die Menschen fliehen. Auch deshalb arbeitet die lokale Verwaltung mit großer Eile am Wiederaufbau. Damit wenigstens hier ein Bleiben und eine erste Zukunft möglich wird.

Durch die große Flucht hat sich Syrien globalisiert, es ist jetzt gewissermaßen überall. Damit die Syrer wieder zurückgehen können, was sehr viele wollen, braucht es mehr als das Ende der Kämpfe im Land. Es braucht eine realistische Perspektive, die in Aussicht stellt, was im Jahr 2011 begann und was wir in diesen Tagen in ihren Märschen der Hoffnung auf den Autobahnen wiedersahen: Dass das Recht auf Rechte in Syrien möglich ist. Erst dann wird die große Rückkehr beginnen.

medico leistet in Syrien weiter Überlebenshilfe. Nahrungsmittel im oppositionellen Damaskus, die freie Schule in Erbin, das Krankenhaus in der kurdischen Symbolstadt Kobane, und jetzt auch eine Blutbank im südlichen Daraa, wo der syrische Aufstand begann. Mehr denn je braucht es Beistand für all jene, die in Syrien weiter dafür einstehen, dass ein besseres Leben möglich wird.

Spendenstichwort: Syrien



Damaskus oder Aleppo im Frühjahr 2011? Nein, Protest syrischer Flüchtlinge im Bahnhof Keleti in Budapest, Ungarn, September 2015.



Nach dem Marsch der Hoffnung von Budapest Richtung Westen. Eine Familie aus dem syrischen Deir ez-Zor auf dem Weg zur österreichischen Grenze.

Erst einmal geschafft

Von Syrien nach Thüringen: Flüchtlinge erzählen von ihrem Weg und der ungewissen Zukunft

Von Heike Kleffner

„Ohne Assad säßen wir jetzt sicher nicht an einem Tisch“, sagt Khalil*, Palästinenser aus Daraa. In seiner Heimatstadt begann im März 2011 der Aufstand gegen das Regime von Baschar al-Assad mit Protesten von Eltern, deren Kinder vom syrischen Geheimdienst inhaftiert und gefoltert worden waren. So lange wie möglich habe er versucht, die Eskalation der Gewalt und Zerstörung zu ignorieren, betont Khalil. Sein Vater, der als Flüchtling 1948 nach Syrien kam, wollte, dass der Sohn das Betriebswirtschaftsstudium zu Ende bringt. „Kaum hatte ich meinen Abschluss, sollte ich zur Armee eingezogen werden. Aber ich wollte mich nicht an diesem hässlichen Krieg beteiligen.“

Wie Zehntausende andere wehrpflichtige junge Syrer beschloss auch er zu fliehen: Sechs Tage brauchte Khalil, um von Daraa im äußersten Südwesten Syriens per Bus und zu Fuß an die rund 600 Kilometer entfernte türkisch-syrische Grenze im Norden Syriens zu kommen. Nachts überquert er mit anderen Syrern die Grenze und hat Glück, dass keine türkischen Soldaten zur Stelle waren. Knapp sechs Wochen später sitzt der 25-Jährige Ende August in einem T-Shirt, Sporthosen und ausgetretenen braunen Halbschuhen im Café International im thüringischen Eisenberg und tauscht sich mit vier anderen Syrern über die Fragen aus, die sie seit ihrer Ankunft in Deutschland bewegen.

Neben Khalil sitzt Omar aus Aleppo. Der 27-Jährige mit der Intellektuellenbrille im schmalen Gesicht übersetzt das Gespräch vom Arabischen in ein zögerndes, aber gut verständliches Englisch, das er „aus US-amerikanischen Fernsehserien auf Youtube“ gesammelt hat. Omar hat Biotechnologie studiert, ist aber noch ohne Abschluss. Ein Jahr und drei Monate war er in einem der zahllosen überfüllten Gefängnisse des syrischen Geheimdienstes inhaftiert. Als er wieder freigelassen wurde, „begannen die Bombardierungen“. Nachfragen zu den Hintergründen und Erlebnissen in der Haft blockt er höflich ab. „Du weißt doch, dass es jeden in Syrien treffen kann.“ Er will lieber weiter für die anderen Männer am Tisch übersetzen. Dann legt er seinem Nachbarn Ahmed eine Hand auf die Schulter.

Ahmed ist fast vollständig erblindet, seine Augenlider sind über eingefallenen Augenhöhlen verklebt, nervös tasten seine Hände über die Tischoberfläche. Ahmed lebte als Zigarettenverkäufer in der Nähe von al-Hassaka im Norden Syriens, als „das ganze Dorf“ geflohen ist. „Wir hatten Angst vor allen – vor der Armee und vor dem IS“, sagt der untersetzte Mann. Ein Jahr hat er für die Flucht von Syrien nach Deutschland gebraucht – „immer hat mich jemand mitgenommen und geführt“. Zusammen mit Nachbarn aus dem Dorf überquerte er die türkische Grenze. Dann brachten ihn türkische Polizisten in ein Flüchtlingslager. Wie lang er in

dem Camp war, kann Ahmed nicht genau sagen, nur dass er weiterfloh, weil er sich in der Nähe der Grenze nicht mehr sicher fühlte. „Er hatte Angst, dass der Krieg ins Lager kommt“, übersetzt Omar für ihn. Khalil ergänzt, dass auch in Izmir Geheimdienstleute von Assad unterwegs gewesen seien. Die Angst, auch im Ausland vom Regime verfolgt zu werden, „hat wohl jeder Syrer“. Mehr will Khalil nicht sagen, aus Furcht, seine Frau und sein Kind zu gefährden, die er in Daraa zurücklassen musste. Alle am Tisch bis auf den Blinden nicken. Die Sorge um in Syrien zurückgebliebene Familienmitglieder – Eltern, Geschwister, Ehefrauen und Kinder – belastet alle. Omar zieht sein Handy und zeigt eine Reihe von verwackelten Fotos: „Meine Mutter.“ Eine Frau mit zerfurchtem Gesicht und weißen Kopftuch, die zurückhaltend in die Kamera schaut, dann mehrere Fotos zerschossener Häuserfronten, Schuttberge in einer schmalen Gasse, ein Bombenkrater neben einem zerstörten Haus. „Mein Stadtteil und der Laden meiner Eltern.“ Dann fügt Omar hinzu: „Es gibt keine Zukunft in Syrien.“

Musa, ein kurdischer Schneider, dessen Dorf vom IS überrannt wurde und dessen Frau sowie sein dreijähriger Sohn noch in der Türkei sind, mischt sich ein: Sein schlimmstes Fluchterlebnis habe er in Tschechien gehabt. „70 Tage war ich in einem Lager in Tschechien, die Polizei dort hat mir alles weggenommen – meine Papiere, mein Geld, mein Handy“, sagt der Enddreißiger. „Das schlimmste ist, dass ich mit dem Handy auch alle Dokumente und meine Kontakte verloren habe.“ Omar wirft ein, dass er von einer Gruppe syrischer Männer gehört habe, denen Handys und Papiere von Polizeibeamten in Bayern abgenommen worden seien. „Wegen Dublin.“ Jetzt hätten die Männer nur noch Quittungen mit einem Aktenzeichen und ihren Namen und einem Schreiben der Bundespolizei, mit dem sie nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel, der die inner-

deutsche Aufteilung der Flüchtlinge nach Einwohnerzahl und Steueraufkommen unter den Bundesländern regelt, nach Eisenberg verteilt wurden.

Alle am Tisch sind erst seit wenigen Tagen in der Zentralen Erstaufnahmestelle für Asylsuchende des Freistaats Thüringen, einer ehemaligen Wurstfabrik. Doch die Enge in den – mit 950 Menschen bis an die äußerste Kapazität belegten – Schlafräumen, Doppelstock-Containern oder Zelten, zehrt schon jetzt an ihnen. Sie sind froh, dass sie im Café International – mit Steckdosenleisten zum Laden von Mobiltelefonen, mit Deutsch-Sprachkursangeboten, Kinderspielecke sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die beim Aktivieren von SIM-Karten helfen – einen Ort gefunden haben, an dem sie wenigstens für ein paar Stunden bei Kaffee und Tee ein Gefühl von Ruhe bekommen. Niemand kann ihnen derzeit sagen, wann oder wohin sie innerhalb Thüringens weiterverteilt werden. Und niemand kann die Fragen beantworten, die sie am meisten beschäftigen: Omar möchte in Deutschland weiter Biotechnologie studieren und sorgt sich, ob das trotz fehlender Dokumente möglich sein wird. Musa und Khalil fragen sich, wie sie ihre Familien nachholen und so schnell wie möglich Arbeit finden können. Der blinde Ahmed hingegen will nicht in Deutschland bleiben, sondern zu einem Cousin nach Schweden. „Aber erst muss ich wieder Zigaretten verkaufen, um meine Reisekasse aufzufüllen“, sagt Ahmed. Zum ersten Mal lacht die syrische Tischrunde.

Heike Kleffner ist Journalistin und Mitglied im Beirat der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt.

* Alle Name von der Reaktion geändert.

Kein Meer ist zu groß

Mali: Allen Gefahren zum Trotz halten Migranten in Afrika an dem Traum von Europa fest

Von Christian Gropper

Victor kam aus einem kleinen Dorf, rund zwei Autostunden von der nigerianischen Hauptstadt Abuja entfernt. Vor vier Jahren hatte er es verlassen. Mit siebzehn. Ein zweites Hemd, eine Hose, seine Papiere und etwas mehr als 1.000 Dollar, sorgfältig mit einem Gummiband umwickelt, steckten in einer Sporttasche. Seine Eltern hatten lange gesammelt, auch andere aus dem Dorf etwas dazugegeben. Beim Abschied weinte die Mutter und der Vater schaute ihm noch lange nach, als er in den klapprigen Bus stieg. Die Reiseroute hatte Victor genau studiert. Über Benin, Burkina Faso und Mali wollte er nach Algerien und Libyen bis an die Küste des Mittelmeeres und von dort aus mit einem Boot weiter bis nach Europa. Er glaubte fest daran, in Italien oder Spanien viel Geld verdienen zu können, für sich, seine Eltern und die Menschen aus seinem Dorf. Victor ist niemals in Europa angekommen. Seit drei Jahren gibt es kein Lebenszeichen mehr von ihm.

Es ist heiß und feucht im Hof der migrantischen Selbsthilfeorganisation ARACEM in der maliischen Hauptstadt Bamako. Hier erzählt Emmanuel vom Schicksal seines Cousins Viktor. Auch er ist vor drei Jahren von zu Hause fortgegangen, über Togo und Ghana kam er nach Mali, um etwas für die Weiterreise zu verdienen. Doch einen ungelerten Arbeiter kann man in einem der ärmsten Länder der Welt nicht gebrauchen.

Sein Geld ist längst aufgebraucht und Emmanuel hat keine Ahnung, wie es weitergehen soll. Neben ihm sitzen mehrere junge Männer. Einige schauen mit leeren Blicken ins Nichts, andere reden miteinander. Es sind Geschichten von geplatzten Träumen und gescheiterten Lebensläufen. Sie kommen aus Kamerun, Nigeria, Äquatorialguinea, der Elfenbeinküste oder einem der zahlreichen Länder Zentral- und Westafrikas. Alle haben ein besseres Leben gesucht, viele sind Monate oder Jahre unterwegs. Jetzt sind sie hier in Mali gestrandet.

Mit einem knarrenden Geräusch öffnet sich das rostige Hoftor. Rund zwanzig junge Männer in Sporttrikots kommen lachend herein. Angeführt von Roméo Ntamag, Präsident der ARACEM. Sie waren Fußball spielen, haben für einen Augenblick den tristen Flüchtlingsalltag vergessen. ARACEM, das bedeutet übersetzt: Verband der abgeschobenen Zentralafrikaner in Mali. Gegründet wurde er von Roméo Ntamag und seinem Cousin Patrice Bobkar Zinahad, beide aus Kamerun. Vor zehn Jahren sind sie nach ihrer gescheiterten Reise in den Norden in Bamako gelandet. Doch aufgeben wollten sie nicht und gründeten deshalb eine eigene Organisation. Mit der Unterstützung von medico international gelang es ihnen, ein Haus anzumieten, in dem abgeschobene Migranten aus Zentralafrika eine erste Anlaufstelle finden



Foto: Christian Gropper

„Wir haben keine Chance hier, wir wollen sie in Europa nutzen.“ Aus Gabun Abgeschobene in Bamako. Sie wollen weiter nach Europa – eine Szene aus dem Dokumentarfilm „Das nächste Mal Europa“.

und für ein paar Tage zur Ruhe kommen können. Es gibt medizinische und psychosoziale Hilfe, warme Mahlzeiten und tröstende Worte. Für die Abgeschobenen ist das Team um Roméo und Patrice oft der erste Lichtblick auf ihrer langen Reise. Doch große Hoffnungen können auch sie ihnen nicht machen. An Arbeit ist in der Hauptstadt Malis kaum zu denken, für junge Malier nicht und erst recht nicht für Migranten aus Zentralafrika.

Auch Emmanuel weiß nicht mehr, wie es weitergehen soll. Noch hofft er, mit ein paar Jobs am Straßenrand Geld für eine weitere Etappe in den Norden zusammenzubekommen. Dann will er durch die große Wüste, um sich in Algerien oder Marokko genug für die Fahrt über das Meer zu verdienen. Natürlich weiß er, dass Eu-

ropa nicht auf ihn wartet und wie mühsam und gefahrenvoll der Weg ist. Aber überall sei es besser als hier, weit weg von zu Hause, weit weg von seiner Familie. „Es gibt keine Mauern und keine Barrieren“, sagt Roméo, „die die jungen Männer zurückhalten können. Solange sich die Verhältnisse in den Heimatländern nicht verändern, werden sie es weiter versuchen. Keine Schreckensnachrichten über Ertrunkene oder angezündete Flüchtlingsheime werden daran etwas ändern.“

Wenn Roméo mit den Abgeschobenen spricht, hören sie aufmerksam zu, denn er weiß, wovon er redet. Schließlich hatte er sich selbst einmal auf den Weg gemacht, mit den gleichen Träumen, an die hier fast alle glauben. Geld verdienen, als Händler oder in den Gewächshäusern

Spaniens, vielleicht sogar als Profi in einem Fußballclub oder als Sänger. Roméos Weg verlief anders: Seit ein paar Jahren lebt er zwei Leben. Eines in Bamako als Präsident der ARACEM, das andere als Migrant in Südfrankreich, wo er eine Ausbildung zum Solaranlagentechniker macht und sich ein wenig Geld bei einem Fußballverein verdient. Sein Wissen will er später in Mali anderen vermitteln. Nur so gebe es Hoffnung für die Menschen in West- und Zentralafrika. Denn es braucht gut ausgebildete Menschen für eine lebenswürdige Zukunft.

Der nächste Morgen um 10 Uhr auf dem Hof des Zivilschutzes in Bamako. Es wird hektisch, ein Soldat mit einem Funkgerät ruft etwas über den Platz. Ein Vertreter der Regierung ist da, Journalisten halten ihre Kameras bereit. Kurz darauf ertönt eine Art Sirene und zwei Busse fahren auf den Hof. Die Passagiere, die herausklettern, wirken abgespannt und müde. Es sind 129 junge Malier. Über 3.700 Kilometer waren sie unterwegs. Abgeschoben aus Libreville, der Hauptstadt von Gabun. In langen Reihen stehend und mit leeren Blicken warten sie auf ihre Registrierung. Keiner weiß, wohin es nach der Erstaufnahme gehen soll. Idrissa ist ein neunzehnjähriger Junge aus einem Dorf bei Kayes. Fast ein Jahr, so erzählt er, war er in Gabun. Vor ein paar Wochen geriet er in eine Kontrolle und kam ins Gefängnis. „Was haben wir denn getan? Wir sind keine Verbrecher, wir suchen doch nur Arbeit.“ Idrissa besitzt keinen einzigen Franc mehr, kann sich nicht einmal ein Busticket für eine Rückkehr in sein Heimatdorf kaufen. Doch er will ohnehin nicht zurück. Dort erwarten sie einen Rückkehrer mit Geld in der Tasche – und keinen Abgeschobenen mit leeren Händen.

Auch Keita Mahamadou, Souadou Touré und Amadou Coulibaly, drei Mitarbeiter der Organisation AME sind auf dem Hof. Sie sprechen mit den Neuankömmlingen, notieren sich ihre Handynummern und laden sie ein, zum Büro

der AME zu kommen, der Malischen Vereinigung der Abgeschobenen. Amadou war selbst einmal als Migrant in Frankreich, bis er ausgewiesen wurde und in Bamako auf die AME traf. Jetzt kann er die Ratschläge geben, die ihm selbst einmal geholfen haben. Am nächsten Tag sitzen im Gebäude der AME sechs junge Malier, die vor kurzem aus Spanien abgeschoben wurden. Amadou eröffnet eine Gesprächsrunde, die jedem die Möglichkeit gibt auszusprechen, was in ihm vorgeht. Viele erfahren hier, dass sie Leidensgenossen haben, denen es ähnlich ergangen ist, und dass es Möglichkeiten gibt. Bakary erzählt, dass er in Spanien jahrelang Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat und sich jetzt betrogen fühlt. Die Mitarbeiter der AME schreiben alles auf, geben Tipps und raten den Abgeschobenen aus Spanien, sich zusammenzuschließen, um gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen. Gleich morgen will Amadou mit einem Anwalt sprechen, um die Sozialbeiträge geltend machen zu können.

Am anderen Ende von Bamako, im Hof der ARACEM, überlegt Emmanuel, nun doch nach Norden weiterzuziehen. Roméo Ntamag wird ihn nicht aufhalten können. Auch wenn alle wissen, dass er ohne Geld und Kontakte kaum eine Chance haben wird, nach Europa zu gelangen. „Ich muss es versuchen“, sagt Emmanuel. „Oder hast du eine andere Idee für mich?“

Der Filmemacher Christian Gropper plant einen Dokumentarfilm über die Situation der Abgeschobenen in Mali. Eine achtminütige Kurzdoku gibt es bereits: „Das nächste Mal Europa“, zu sehen unter www.medico.de/mali-film.

medico unterstützt seit vielen Jahren die Arbeit der migrantischen Selbsthilforganisationen AME und ARACEM in Mali.

Spendenstichwort: Mali

Für das Recht zu gehen



Részke, Ungarn. Foto: Reuters

Weltweit sind Menschen auf der Flucht vor Krieg, Armut und Hoffnungslosigkeit. medico-Partner helfen. Ein Überblick

Mittelmeer

Seit Oktober 2014 betreibt die Initiative Watch the Med ein Alarmtelefon, bei dem Flüchtlinge anrufen können, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten sind. Rund um die Uhr sitzen Ehrenamtliche am Telefon. Ihrem Einsatz ist es zu verdanken, dass die Zahl der Toten auf dem Mittelmeer nicht noch viel höher ist.

Griechenland/Türkei

Gemeinsam mit Pro Asyl unterstützt medico in Griechenland und der Türkei sogenannte Refugee Support Teams: Rechtsanwälte, Dolmetscher und Forscher stehen besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen wie un-

begleiteten Minderjährigen sowie Folteropfern zur Seite und intervenieren gegen illegale Haft und Abschiebungspraktiken.

Deutschland

Das Asylbewerberleistungsgesetz verhindert eine Vielzahl von Gesundheitsleistungen für Flüchtlinge. 33 Medibüros und Medinetze sind zusammen mit kooperationswilligen ÄrztInnen, Krankenhäusern und Hebammen aktiv, um wenigstens örtlich eine ausreichende menschenrechtlich basierte Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Gemeinsam mit den Medibüros und Medinetzen in Deutschland sowie dem Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte ruft medico international dazu auf, die medizinische Minderversorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingen zu beenden.

Syrien

Nach fünf Jahren Bürgerkrieg sind über zwölf Millionen Menschen (UN OCHA 05/2015) innerhalb Syriens auf humanitäre Hilfe angewiesen. Innerhalb dieser Gruppe sind die palästinensischen Flüchtlinge besonders hart betroffen. Im palästinensischen Flüchtlingsviertel Jarmuk, das vom Assad-Regime über Monate ausgehungert wurde und 2015 auch noch von IS-Milizen angegriffen wurde, leistet die Jafra Foundation überlebenswichtige Hilfe für die Bevölkerung. Im kurdischen Kanton Cizîrê (Syrien) haben 6.000 jesidische Flüchtlinge im Camp Newroz Zuflucht gefunden. Das Camp ist weitgehend von der internationalen Hilfe abgeschnitten. medico lieferte im April Lebensmittelpakete für die 750 Familien im Camp.

Libanon

Im Libanon macht die syrische Diaspora zusammen mit den palästinensischen Flüchtlingen ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus. In der nördlichen Bekaa-Ebene betreibt der medico-Partner Amel eine lokale Klinik und leistet permanente Nothilfe. Versorgt werden die, die kommen und nichts haben.

Israel

Seit Jahren setzt sich die israelische Menschenrechtsorganisation Physicians for Human Rights – Israel (PHR-IL) dafür ein, die israelische und internationale Aufmerksamkeit auf die Grausamkeiten zu lenken, die auf ägyptischem Territorium in einem weitgehend rechtsfreien Raum an vor allem eritreischen und sudanesischen Flüchtlingen verübt werden. Zugleich sorgt die Organisation dafür, dass Folteropfer nach ihrer Ankunft in Israel die notwendige Versorgung und Unterstützung erhalten.

Ägypten

Das Menschenrechtszentrum El Nadeem Center for the Rehabilitation of Victims of Violence ist ein wichtiger Partner des UNHCR bei der Anerkennung von Flüchtlingen in Ägypten aufgrund von Folter in den Herkunftsländern wie dem Sudan, Äthiopien und Eritrea. Zudem unterstützt El Nadeem die Selbstorganisation von Flüchtlingen in Ägypten.

Westafrika

Westafrika bildet eine Drehscheibe der Flucht nach Europa, aber auch der zwangsweisen Rückkehr. Vom Network of Ex-Asylum Seekers Sierra Leone (NEAS-SL) in Sierra Leone bis zur Association Malienne des Expulsés (AME) und ARACEM in Mali: medico unterstützt mehrere Initiativen, die von abgeschobenen und zurückgewiesenen Migranten zur Selbsthilfe bzw. -organisation gegründet wurden und die sich heute für die Rechte von anderen Betroffenen einsetzen: durch direkte Hilfe und Rechtsberatung, aber auch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit und transnationale Vernetzung. Auch in Mauretanien, wo auf Druck der EU sowohl auf dem Meer als auch auf dem Land ein rigoroses Grenzkontrollsystem aufgebaut wurde, setzt sich die Association Mauritanienne des Droits de l'Homme (AMDH) für die Belange der blockierten Transmigranten ein.

Mexiko

Die Movimiento Migrante Mesoamericano (M3) setzt sich für die Rechte und den Schutz der Migranten aus Zentralamerika ein, die den lebensgefährlichen Versuch unternehmen, durch Mexiko in die USA zu gelangen. Das reicht von der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen bis zur Organisation öffentlichkeitswirksamer Karawanen. Auch die Migranten-Herberge „La 72“ leistet Hilfe und Rechtsbeistand für durchreisende Menschen und für jene, die sich niederlassen wollen.



Syrien, Camp Newroz.

DAS RECHT, RECHTE ZU HABEN

Die große Flucht hat jetzt unwiderruflich auch Europa erreicht. Alle, die hier Überleben, Schutz und Hilfe suchen, sind Beweis der Rechtlosigkeit in den Krisengebieten, ob in den ökonomisch ausgezehrtten Regionen Afrikas oder in Kriegszonen des Nahen Ostens und Afghanistans. Mit ihrem Kommen fordern sie ihr Recht auf ein besseres Leben ein. medico unterstützt die Selbstorganisation von Migranten und Abgeschobenen in Mittelamerika, Afrika und dem Nahen Osten. Damit Geflüchtete auch psychosoziale Hilfe erhalten, fördert medico verstärkt entsprechende Beratungsstellen in Deutschland. Zudem finanzieren wir eine Rechtsfibel in Farsi und Arabisch, die alle Flüchtlinge auf Lesbos vor ihrer Weiterreise erhalten. Denn auch Europa ist kein Geschenk, sondern ein Recht, das erkämpft werden muss.

Spendenstichwort: Flüchtlingshilfe

Renaissance einer Idee

Südafrika: Nach der NGOisierung Rückkehr zur emanzipatorischen Gesundheitsarbeit

Von Usche Merk

Wenn Anna Genu über die Lage der Community Care Worker spricht, die in vielen armen Gemeinden unverzichtbare Dienste für die Schwächsten der Gesellschaft leisten, ist sie wütend und stolz zugleich. „Care Worker sind so daran gewöhnt, ‚Ja Boss, danke Boss‘ zu sagen, dass sie sich nicht trauen, für ihre Rechte aufzustehen. Nicht nur Ärzte und Krankenschwestern, auch Care Worker bringen Kenntnisse in das Gesundheitssystem ein. Denn sie wissen, wie sie sich um ihre Community kümmern müssen.“ Anna Genu weiß, wovon sie spricht. Ihre persönliche Geschichte ist auch die Geschichte der Gesundheitshelferinnen in Südafrika, die einmal als emanzipatorisches Projekt begann.

In den schlimmsten Apartheidzeiten Anfang der 1980er Jahre fingen engagierte Ärzte und Gemeindemitglieder in der von Zwangsräumung bedrohten Siedlung Crossroads in Kapstadt an, ein Basisgesundheitsprojekt aufzubauen. Es bot nicht nur Gesundheitsdienste an, die das Apartheidregime verweigerte, sondern etablierte auch demokratische Selbstbestimmungsstrukturen. Gemeindemitglieder wie Anna Genu wurden zu kommunalen Gesundheitsarbeiterinnen ausgebildet. Ziel war, sich gemäß den Primary-Health-Care-Prinzipien für eine umfassende Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen einzusetzen – was zwangsläufig im Widerspruch zur Apartheid stand. Trotz der politischen Repression entstanden in jener Zeit

viele solcher emanzipatorischer Gesundheitsprojekte, die sich zum „Progressive Primary Health Care Network“ zusammenschlossen. Anfang der 1990er Jahre prägte dieses die Anfänge der Gesundheitspolitik der Post-Apartheidzeit entscheidend mit. Doch mit der neoliberalen Wende 1996 wurde auch der National Health Plan, der noch eine starke Primary-Health-Care-Orientierung hatte, nicht umgesetzt. Stattdessen wurde die Teilung des Gesundheitswesens in einen boomenden Privatsektor und einen defizitären öffentlichen Bereich eingeleitet. In der Folge verschwanden die meisten emanzipatorischen Gesundheitsprojekte und mit ihnen die Community Care Worker.

Unerlässlich, aber degradiert

Durch die rasant wachsende Aids-Krise wurden die Community Care Worker Anfang des neuen Jahrtausends „wiederentdeckt“, diesmal jedoch als billige Home Based Carer für HIV-Erkrankte. Im großen Stil und mit gewaltigen Summen förderte ab 2003 vor allem der von US-Präsident Bush eingeführte „President’s Emergency Plan for AIDS Relief“ (PEPFAR) solche Programme. Andere große externe Geber wie der Global Fund kamen dazu. In der Folge entstanden Tausende von kleinen und größeren privaten NGOs, teils von PEPFAR direkt finanziert, teils über die regionalen Gesundheitsver-



Foto: medico

Gesundheitsarbeiterinnen protestieren gegen die Kriminalisierung ihrer Proteste für eine bessere Versorgung.

waltungen, die Gemeinde-Gesundheitshelferinnen beschäftigten. Inzwischen gibt es über 70.000, in der Mehrzahl Frauen zwischen 30 und 50 Jahren. Ohne ihren Einsatz wäre das Gesundheitssystem mit fast sechs Millionen HIV-positiven Menschen und jährlich über 600.000 an Aids Erkrankten – den höchsten Zahlen weltweit – längst zusammengebrochen. Ohne sie wäre es auch nicht möglich gewesen, ab 2009 die Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten für drei Millionen Menschen flächendeckend umzusetzen. Gedankt wird ihnen das nicht, im Gegenteil. Viele der Gesundheitshelferinnen sind selbst von Armut, Krankheit und Gewalt betroffen.

Durch ihren Status als „Freiwillige“, die höchst-

tens eine Aufwandsentschädigung zwischen 50 und 200 Euro im Monat bekommen, stehen sie außerhalb der Arbeitsgesetze und Mindestlohnregelungen, die meisten haben befristete Verträge. Häufig stehen ihnen nicht einmal minimale Vorsorgemaßnahmen wie Handschuhe oder Masken bei Patienten mit Infektionskrankheiten zur Verfügung. Die lokalen Kliniken unterstützen ihre Arbeit kaum und behandeln sie ohne Respekt, auf den langen Wegen durch unsichere Gebiete sind sie Gewalt und Willkür ausgesetzt. Aus der Idee, selbstbestimmte Trägerinnen solidarischer Basisgesundheitsarbeit zu sein, sind weitgehend rechtlose und ausgebeutete Hilfsarbeiterinnen geworden. So hätte die Geschichte enden können: als eine weitere neoliberale Enteignung eines emanzipatori-

schen Konzepts. Doch Ideen überleben manchmal auch ohne Strukturen – in Menschen und ihren Geschichten. Und erwachen dann wieder, wenn es die Umstände ermöglichen.

2011 war Anna Genu dabei, als eine Gruppe von frustrierten Gesundheitsarbeiterinnen im Western Cape zusammenkam und eine „Care Worker’s Charta“ entwickelte. Öffentlich verkündeten sie, dass sie zwar das Rückgrat des Gesundheitssystems bilden, aber unsichtbar gemacht und nicht anerkannt werden. Sie forderten nicht nur angemessene Bezahlung, Ausbildung und soziale Absicherung, sondern auch öffentliche Mitsprache und demokratische Mitbestimmung bei gesundheitspolitischen Angelegenheiten. „Nothing about us without us“ wurde zum Slogan für ihren Entschluss, sich als Care Worker zu organisieren, solidarische Strukturen aufzubauen und für ein anderes Gesundheitssystem zu kämpfen, in dem nicht prekär beschäftigte „Freiwillige“ Kernaufgaben durchführen.

Auch in anderen Provinzen begannen Care Worker, sich auszutauschen und zusammenzuschließen. Dabei sind sie mit riesigen Herausforderungen konfrontiert – von der Logistik und den finanziellen Ressourcen angefangen, überhaupt zu kommunizieren und sich an einem gemeinsamen Ort zu treffen, über die Verschiedenartigkeit der Arbeitsbedingungen und Arbeitsstrukturen, mit denen sie zu kämpfen haben, bis zu den eigenen Ängsten, Konkurrenzen und Hierarchien unter den Care Workern, die ein solches System produziert. Rozele Adams, eine Mitstreiterin von Anna Genu, erklärt: „Anfangs hatten wir Angst und waren nicht in der Lage zu sprechen. Du musst Haare auf den Zähnen haben. Du musst Dir sicher sein, was Du willst, und dann am richtigen Ort sein.“ Schließlich waren sie auch damit konfrontiert, dass die neoliberale Politik das öffentliche Gesundheitssystem korrumpiert hat, von der Ärzteschaft über die Verwaltung bis hin

zu den Gesundheitsministerien in den Provinzen, die mehr ihre persönlichen, politischen und ökonomischen Interessen im Auge haben als die Gesundheit der Bevölkerung.

Repression statt Anerkennung

Auf welche Widerstände Community Care Worker treffen können, wenn sie sich wehren, zeigte sich in der Provinz Free State. 2014 wurden 3.800 Care Worker mit der lapidaren Begründung entlassen, sie seien zu alt und zu wenig gebildet. Hunderte zogen zu einer friedlichen Nachtwache vor das Gesundheitsministerium, um am nächsten Morgen mit dem Minister sprechen zu können. Stattdessen wurden sie in Polizeiautos verfrachtet und ins Gefängnis gebracht. Später wurden 117 von ihnen angeklagt, eine illegale Versammlung abgehalten zu haben – mit einem Paragraphen, der noch aus Apartheidzeiten stammt. Alle juristischen Einwände gegen diese politisch motivierten Anklagen wurden abgewiesen, der Prozess verschleppt, sechsmal wurden die Angeklagten ergebnislos ins Gericht zitiert. „Die 117 Angeklagten sind keine Kriminellen“, sagt Opanyana Mohutsioa, der regionale Vertreter einer Gesundheitsorganisation, die die Angeklagten unterstützt. „Es sind außerordentlich engagierte, fürsorgliche, tapfere Menschen, die sich viele Jahre unter entwürdigenden Arbeitsbedingungen für die ärmsten und schutzlosesten Gemeinden in Südafrika eingesetzt haben. Wir halten die Anklagen für Strafmaßnahmen, weil sie gewagt haben, den örtlichen Gesundheitsminister öffentlich zu kritisieren.“

Auch in anderen Provinzen haben mutige Community Care Worker öffentlich auf ihre Situation aufmerksam gemacht. In Gauteng kam es sogar zu Streiks und in Pretoria zogen im März Hunderte vor das Gesundheitsministerium. Mit Hilfe von solidarischen Gesundheits- und Men-

schenrechtsorganisationen, die den Organisationsprozess der Care Worker mit Rechtsberatung, Fortbildung, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie psychosozialer Begleitung unterstützen, gelang es, ein Netzwerk aufzubauen, mit dem nicht zuletzt Druck auf das Gesundheitsministerium erzeugt werden soll. Denn es scheint einen kleinen Spielraum für Veränderungen zu geben. Angesichts der offenkundigen Krise im Gesundheitswesen und des bevorstehenden Rückzugs von PEPFAR hat das Ministerium im Rahmen von größeren Gesundheitsreformen angekündigt, dass das Primary-Health-Care-Konzept durch eine „Re-engineering“-Strategie wieder neue Bedeutung erlangen soll. Und zum ersten Mal ist die Rede davon, dass hierbei auch Community Care Worker in das staatliche Gesundheitswesen integriert werden sollen – mit Bezahlung, Ausbildung und umfassenden Zuständigkeiten. Im April hat das Ministerium ein Konzeptpapier vorgelegt, das im Rahmen von sogenannten „Ward Based PHC Outreach Teams“ einige gute Ideen zur künftigen Stellung der Care Worker enthält.

Doch die Care Worker bleiben misstrauisch, wie ernst es die Regierung mit einer anderen Gesundheitspolitik meint. Manche fürchten, die neue „Re-engineering Primary Health Care“-Strategie könne nur ideologisches Begleitwerk sein, um die alten Care Worker loszuwerden und weitere Auslagerungen staatlicher Aufgaben zu planen. Tatsächlich gibt es bislang weder einen Zeitplan für die Umsetzung noch ein Budget. Vor allem aber wollen die Care Worker an der Entwicklung neuer Konzepte und Umsetzungspläne beteiligt sein. Daher haben die verschiedenen regionalen Organisationen und die sie solidarisch begleitenden Gesundheits- und Menschenrechtsorganisationen beschlossen, sich verstärkt national zu vernetzen und Kampagnen zu organisieren. So wollen sie die Beteiligung der Care Worker am politischen Prozess wie auch seine angemessene

Budgetierung und verbindliche Umsetzung durchsetzen – damit gute Ideen auf dem Papier nicht nur der sozialen Befriedung dienen und die mangelnde Umsetzung Freiraum schafft für Willkür und Rechtlosigkeit.

Für Anna Genu und ihre Kolleginnen geht es um mehr als die Verbesserung der eigenen Position. Auf ihren Treffen beschäftigen sie sich auch mit Konzepten von Primary Health Care und Erfahrungen von Gesundheitsarbeiterinnen aus anderen Ländern. Sie diskutieren darüber, was die Menschen krank macht und wie eine Kultur des Miteinanders und der Solidarität aussehen kann. „Warum wir diese Arbeit machen?“, erklärt Anna Genu so: „Aus einem tiefen Mitgefühl heraus. Wir sorgen uns sehr um die Würde der Armen und ihren Kampf zu überleben. Unsere Motivation ist nicht die Bezahlung. Wir wollen dass sich die Gesundheitsversorgung und die Lebensbedingungen unserer Communities verändern.“

Im Oktober finden drei medico-Veranstaltungen zum gleichen Thema mit Anna Genu statt. Siehe Seite 47.

Schon in den 1980er Jahren hat medico Projekte im Rahmen der progressiven Primary-Health-Care-Bewegung in Südafrika unterstützt. Seit Ende 2014 fördert medico die Gesundheitshelferinnen in ihrem selbstorganisierten Kampf für bessere Arbeitsbedingungen. In einem großen, auf drei Jahre angelegten Projekt haben sich fünf südafrikanische NGOs, darunter langjährige medico-Partner wie section27, Sinani und PHM zusammengeschlossen, um die landesweite Vernetzung der Gesundheitshelferinnen und eine gemeinsame Lobby- und Advocacyarbeit zu stärken.

Spendenstichwort: Südafrika

Demokra- tie?!

Macht und Ohnmacht
in Guatemala,
Sri Lanka, Haiti
und Griechenland

Der Frühling ist da

Guatemala: Eine breite Protestbewegung hat die bisherigen Machthaber aus dem Palast gejagt

Von Dieter Müller

„Der empörte (Bienen-) Schwarm schweigt nicht, und er fordert, und er wird gehört und er schafft es. Voller Neid (von dem guten) schauen wir auf die Guatemalteken ... Wann sind wir soweit?“ So kommentiert die salvadorianische Cineastin Marcela Zamora die Entwicklungen in Guatemala auf Facebook. Die Mesoamerikanische Migrationsbewegung, medico-Partner aus Mexiko, schreibt: „Heute früh begrüßt uns das guatemalteckische Volk mit seinem Sieg, der Präsident ist zurückgetreten.“ Allenthalben äußern Partnerinnen und Bekannte von medico in Mittelamerika Bewunderung und Respekt für die Protestbewegung in Guatemala – verbunden mit dem Wunsch, etwas Vergleichbares möge auch im eigenen Land geschehen. In Honduras ist man dem Vorbild bereits gefolgt und protestiert Woche um Woche gegen die Korruption der Eliten.

In der Tat hat die sehr heterogene Bewegung in Guatemala einen gewaltigen Erfolg errungen: Nachdem bereits Vizepräsidentin Roxana Baldetti ihren Posten räumen musste, erfüllte Anfang September auch Präsidenten Otto Pérez Molina, nach vier Monaten unermüdlicher Proteste und nachdem die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen ihn erlassen hatte, die zentrale Forderung des Volkes und trat zurück. Dass all das passieren und eine solch breite und ausdauernde Bewegung aufkommen würde: Kein Kenner des Landes hat es prognostiziert.

Guatemala ist allerdings nicht zum ersten Mal zum Vorbild für die Zivilgesellschaft anderer lateinamerikanischer Länder geworden: Das kleine Land war schon einmal Vorreiter demokratischer Hoffnungen. Mit der Oktoberrevolution 1944, also noch lange vor der Revolution auf Kuba, wurde Diktator Jorge Ubico gestürzt. Präsident Juan José Arévalo läutete eine umfassende Demokratisierung ein, unter seinem Nachfolger Jacobo Arbenz wurden umfangreiche Landreformen durchgeführt. Das jedoch ließ sich „Die Krake“, die United Fruit Company, nicht lange gefallen und forderte die CIA auf einzuschreiten. Postwendend wurde Arbenz weggeputscht, die Oligarchie und das Militär übernahmen wieder die Geschicke des Landes. Damit begann ein langer politischer Winter, der in den 1970er und 1980er Jahren in das systematische Verschwindenlassen politischer Oppositioneller und die „Politik der verbrannten Erde“ gegen das indigene, ländliche Guatemala mündete.

Eine Schlacht ist gewonnen

Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren von politischer Apathie geprägt, von Angst auf Seiten der Bevölkerung und hemmungslosem Machtmissbrauch auf Seiten der Eliten. Die Verhältnisse und die Straflosigkeit für Verbrechen an der guatemalteckischen Bevölkerung schie-

nen in Stein gemeißelt. In den vergangenen Jahren jedoch konnten Menschenrechtsaktivistinnen und soziale Bewegungen in ihrem Kampf für die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen gemeinsam mit einer engagierten Staatsanwaltschaft immer wieder Teilerfolge erzielen. Vorläufiger Höhepunkt war die Verurteilung des Ex-Diktators Ríos Montt im Jahr 2013. In der Mauer der Straflosigkeit zeigten sich erste Risse. Gleichzeitig gedieh die Korruption und die Verfilzung zwischen organisierter Kriminalität und Staatsmacht immer weiter – bis hin zu jenen skandalösen Ausmaßen, die in diesem Jahr den Sturm des Protests entfacht haben.

Der momentane Wandel ist damit auch ein Verdienst der UN-mandatierten Kommission gegen die Straflosigkeit (CICIG) in Guatemala. Entsprechend werden die Rufe nach einer solchen Instanz auch anderenorts immer lauter. Der gerade veröffentlichte Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission zu dem Verschwindenlassen der 43 Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa in Mexiko zeigt deutlich, dass Justiz und Exekutive im eigenen Land weder in der Lage noch Willens sind, für Wahrheit und Gerechtigkeit zu sorgen. „Die CICIG ist sehr wichtig und sie hat für Guatemala entscheidende Impulse gesetzt“, kommentiert einer der Anwälte der Menschenrechtskanzlei, medico-Partner in Guatemala. Doch er weist auch darauf hin, dass die Justiz nicht ständig Motor für politische Veränderungen sein könne. „Es bedarf politischer Aktionen, um die Veränderungen voranzutreiben und zu konsolidieren.“

Die Protestbewegung hat sich nicht mit allen Forderungen durchgesetzt. Weder wurde mit Neuwahlen gewartet, bis ein neues Wahl- und Parteiengesetz in Kraft ist, noch wurde eine Übergangsregierung der nationalen Einheit oder eine Verfassung gebende Versammlung von unten für einen plurinationalen Staat eingerichtet. Eines aber ist sicher: ein Zurück zu Angst

und Apathie wird es nicht mehr geben. Eine der zentralen Herausforderungen besteht nun darin, die politischen Prozesse für ein „nunca más“ (Nie wieder) in Sachen Straflosigkeit und Korruption zu festigen. Hoffnung macht dabei vor allem die massive Beteiligung der guatemaltekischen Jugend an den Protesten – oder auch das Bündnis zwischen den Studierenden der großen öffentlichen und der elitären privaten Universitäten. Entscheidend dürfte sein, ob es gelingt, dauerhafte und respektvolle Bündnisse zwischen der weißen urbanen Mittelschicht und dem „guatemala profunda“, dem indigenen und ländlichen Guatemala, zu knüpfen. Denn dessen Kämpfe gegen Rassismus, Exklusion, Extremismus und Megaprojekte konnten bislang nicht auf eine breite nationale Solidarität zählen. Dabei könnten genau sie Ausgangspunkt für eine tiefgreifende Systemveränderung sein. Denn so bedeutend und symbolträchtig der Sturz des Präsidenten auch war: Die Macht jener, die das Land als Beute sehen und zu ihren Gunsten weiter plündern wollen, ist noch nicht gebrochen. Daran werden auch die aktuellen Wahlen nichts ändern, ganz gleich, wer bei der Stichwahl Ende Oktober zum Präsidenten erkorren wird.

medico unterstützt in Guatemala seit vielen Jahren den Kampf gegen die Straflosigkeit und fördert die Arbeit der Partner Comisión Internacional de Juristas (CIJ), Bufete Jurídico de Derechos Humanos (BJDH) und Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial (ECAP). Daneben engagiert sich medico auch für die indigene Bevölkerung auf dem Land. So setzt sich der Partner Sagrada Tierra in elf Dörfern im Petén für Ernährungssicherheit und lokale Selbstorganisation ein.

Spendenstichwort: Guatemala

Offene Zukunft

Sri Lanka: Nach dem Machtwechsel setzen *medicos* Partner weiter auf Demokratisierung und Gerechtigkeit

Von Thomas Seibert

Die *medico*-Partner aus Colombo sitzen in fröhlicher Runde im Traditionsrestaurant Pagoda gleich neben dem 1844 eröffneten Großkaufhaus „Cargill's“. Das Lokal serviert heute Asia-Fast-Food, das Kaufhaus verramscht Plastiknippe in Holzvitrinen aus dem 19. Jahrhundert. Wir sind mitten in Colombo Fort, dem von kolonialer Architektur geprägten Zentrum der sri-lankischen Metropole. Bis vor Kurzem war es noch eine „verbotene Stadt“, die man nur mit einem Passierschein des Verteidigungsministeriums betreten konnte. In der Ausspernung der Bürger verdichteten sich die Angst des singhalesisch-buddhistischen Staates vor den „Tiger“-Rebellen der tamilisch-hinduistischen Minderheit und die Selbstherrlichkeit der autoritär herrschenden Rajapaksa-Familie. Doch Anfang des Jahres ist Mahinda Rajapaksa bei der Präsidentschaftswahl nach elfjähriger Herrschaft nicht zuletzt mit den Stimmen der Minderheiten des Landes abgewählt worden. Seitdem ist das Fort wieder geöffnet – und es herrscht Aufbruchstimmung.

„Die Ära Rajapaksa ist zu Ende, der Krieg ist vorbei“, sagt der singhalesische Anwalt Sudarshana Gunarwardene. Er freut sich auf die unmittelbar bevorstehenden Parlamentswahlen, bei denen Ex-Präsident Rajapaksa auf ein Comeback hofft. „Er wird scheitern“, meint Sudarshana, „seine Zeit ist abgelaufen.“ Doch nicht alle von uns sind so hoffnungsvoll. Die

größten Zweifel hat Qadri Ismail, ein Literaturwissenschaftler und Journalist tamilisch-muslimischer Herkunft. Er hat vor Jahren nur knapp ein Attentat überlebt, ging ins Exil und ist vor Kurzem erst auf die Tropeninsel zurückgekehrt. „Nach jahrhundertelanger Kolonialherrschaft haben wir uns Befreiung nur unter zwei Ideen vorstellen können, die uns Europa vererbt hat: die Vorstellung der Demokratie als einer Herrschaft der Mehrheit, und die Vorstellung des Staates als eines nationalen Staates. An beidem haben wir jahrzehntelang gelitten. Neu anzufangen heißt, jenseits der Mehrheit und jenseits der Nation zu beginnen, von den Minderheiten her. Und Minderheit sind auf Sri Lanka nicht nur die Tamilen, von denen es solche des Nordens, des Ostens, des Hochlands und die Tamilen Colombos gibt. Hier leben Tausende Muslime, Tausende Christen und natürlich die Buddhisten des Südens, alle getrennt nach Klasse, Kaste und Geschlecht.“ Sudarshana sieht das nicht anders: „Tatsächlich haben wir bislang nur erreicht, dass die Dinge offen sind. Verlieren wir das Vertrauen zueinander, kann sich das schnell ändern.“

Im Land der Verlierer

Wie groß die Herausforderungen sind, zeigt sich im tamilischen Norden. Mit Vasuky Rajendra, Geschäftsführerin des *medico*-Part-



Fotos: Reuters

Szene der Vergänglichkeit. Der militärisch siegreiche Despot Rajapaksa wurde abgewählt, eine Phase der Transformation hat begonnen. Sri Lanka, August 2015.

ners SEED, besuche ich die Dörfer Kallikulam und Chemamadu unweit Vavuniyas, die mit vielleicht 300.000 Einwohnern zur Metropole der Flüchtlinge und Vertriebenen geworden ist. In den beiden Dörfern kämpfen 600 Menschen um die Wiederaneignung ihres im Krieg verlorenen Landes, medico und SEED unterstützen sie dabei. Ihre Häuser, Brunnen, Kirchen, Tempel und Schulen wurden von der Armee zerstört, das Vieh ging verloren, die Wege, Brunnen, Gärten und Felder hat sich das Buschland zurückgeholt. Neu anzufangen heißt, dem wuchernden Dickicht Lebensraum abzuräumen: Minen zu räumen, Felder zu roden, Brunnen zu graben, Wege anzulegen, erste Behausungen zu mauern. SEED hat dafür gesorgt, dass sich die Rücksiedler von Anfang an

selbst organisieren, Komitees für den Wege- und Brunnenbau, Landwirtschaftskooperativen sind entstanden, Frauengruppen und Sparvereine wurden gegründet.

Die Hauptlast der Arbeit ruht auf den Frauen. Wie überall im Norden werden viele Familien von Kriegswitwen oder von Müttern geführt, deren Männer in Haft oder „verschwunden“ sind, vom Militär verschleppt. Auch viele Jugendliche sind gegangen, lungern jetzt in den Straßen Vavuniyas herum oder versuchen ihr Glück in Colombo. Von den Männern, die geblieben sind, brechen die meisten schon im Morgengrauen in die Stadt auf, wo sie auf einen Tagelöhnerjob hoffen, der die Rupien für die offene Arztrechnung oder das Schulgeld

der Kinder bringen soll. Streit und Gewalt bleiben nicht aus, es wird viel billiger Palm-schnaps getrunken. Immerhin: Nach der Abwahl Rajapaksas hat die neue Regierung das Militär sofort in die Kasernen zurückbeordert. „Jetzt kann über all das offen gesprochen werden“, sagt Vasuky. „vorher wurde jede Versammlung von mehr als fünf Personen auseinandergetrieben. Wollten wir über Vergangenheit oder Zukunft sprechen, mussten wir das als Sportveranstaltung tarnen.“

In der großen Runde vor dem Gemeinschaftshaus wird auch über die Schulden gesprochen, unter denen viele Familien leiden. „Solange die Tamil Tigers den Norden kontrollierten“, sagt eine Kollegin von SEED, „lebten wir in einem geschützten, aber auch in einem geschlossenen Land: in einem riesigen Funkloch. Heute haben alle ein Handy, es gibt Fernsehen und Internet, überall stehen bunte Reklametafeln, an jeder Straßenkreuzung hat eine Bankfiliale eröffnet.“ Die Banken haben allen, die nicht Reißaus nahmen, einen Mikrokredit aufgeschwatzt, zu scheinbar winzigen Raten. Bald stellte sich heraus, dass die Rückzahlung trotzdem nicht zu leisten war. Erst wurde der Fernseher, dann das Moped wieder abgeholt, nicht wenige mussten den kleinen Laden wieder schließen, der ihnen die Zukunft bedeutete. „Jetzt ist das Gejammer groß“, sagt ein alter Bauer, „und wir müssen aufpassen, dass wir den Zorn nicht gegen uns selbst richten.“ Das gilt auch und besonders für die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und den Generationen. „Wie halten die Dörfer zusammen“, fragt eine junge Frau, „wenn wir Frauen uns endlich selbst zu Wort melden? Wenn die Sitten ihre Kraft verlieren, die uns so lange niedergehalten haben? Früher war eben nicht alles besser und nicht an allem ist das Militär schuld.“ Trotzdem sind sich alle einig, dass die Kasernen geräumt werden müssen und noch immer kommt auf fünf Tamilen ein singhalesi-



Stimmbox des Wechsels. Sri Lanka demokratisiert sich.

scher Soldat. Einmütig bestätigt sich die ganze Versammlung, dass bei den bevorstehenden Wahlen die Stimmen beider Dörfer an die Tamil National Alliance (TNA) gehen.

Zurück in Vavuniya treffe ich Singham Ponnambalam, den Gründer von SEED, und Shreen Sa-roor, eine tamilisch-muslimische Feministin. Shreen wurde als Kind zusammen mit Tausen-

den anderen Muslimen von den Tamil Tigers vertrieben, die in ihrem eigenen Staat auch nur der eigenen Nation Raum geben wollten. Singham arbeitet heute im Tamil Civil Society Forum, das im Norden eine vielstimmige politische Kultur schaffen will, Shreen reist von Frauengruppe zu Frauengruppe und wirbt für die Wahl der Regenbogenkoalition. Beide sind seit dem Tsunami 2004 medico-Partner, Singham und SEED haben damals Rückbildungsprojekte von Tsunami-Überlebenden und Kriegsvertriebenen initiiert, Shreen an der Fact Finding Mission teilgenommen, die das Scheitern der internationalen Tsunami-Hilfe untersucht hat. In der Bewertung des Neubeginns sind sie sich nicht ganz einig. Singham fordert den schnellen Rückzug der Armee, die Freilassung aller Gefangenen und die Anerkennung der Krieges- und Menschenrechtsverbrechen der singhalesischen Sieger. Shreen stimmt dem zu, besteht aber auf der Untersuchung auch der Verbrechen der Tigers – und glaubt, dass das alles viel mehr Zeit kosten wird. „Auf gleiche Rechte warten wir schon über sechzig Jahre“, sagt Singham.

Ende und Anfang

Auf der Rückfahrt entlang der gewundenen Ostküste halten wir in Mullaithivu und Mullivaikkal. In Mullaithivu lagen die Tsunami-Dörfer von SEED, der Krieg hat sie wieder zerstört, nichts ist geblieben. Im Nachbarort Mullivaikkal kesselte die singhalesische Armee 2009 auf einem schmalen Küstenstreifen zwei Monate lang 300.000 tamilische Kriegsvertriebene und die letzten Tiger-Rebellen ein; nach Schätzungen der UNO starben im Dauerbeschuss der Armee und im Gegenfeuer der Tigers 40.000 Menschen. Valarmadi, eine junge TAMILIN, führt mich an den Strand, dem nichts mehr von dem Massaker anzusehen ist, das hier stattfand. Sie hat den Tod ihrer Mutter

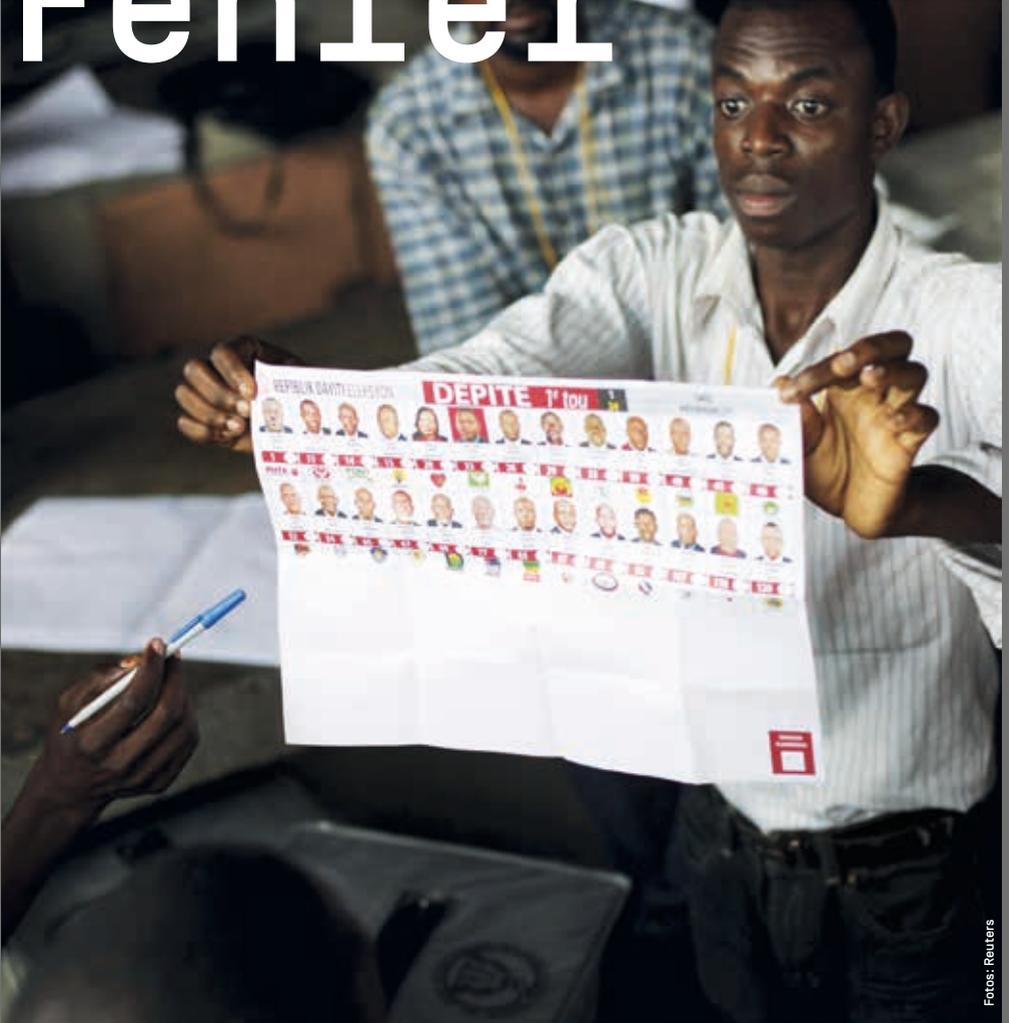
und ihres Bruders mit ansehen müssen, während ihr Mann zu den ungezählten „Verschwundenen“ gehört. Viel mag sie davon nicht erzählen, sie fragt mich stattdessen, ob und wie man nach Deutschland reisen und Arbeit finden könne. Während des Krieges seien viele nach Europa gegangen, hätten Asyl erhalten. Ich muss ihr sagen, dass Sri Lanka wieder als „sicheres Herkunftsland“ gilt.

Inzwischen hat die Parlamentswahl stattgefunden. Der Versuch des Ex-Präsidenten Rajapaksa, über das Parlament an die Macht zurückzukehren, ist klar gescheitert. Die Regenbogenkoalition des Neubeginns hat fünf Jahre gewonnen, um die Hoffnung auf ein „Yaha Palaanaya“, ein gutes Regieren, nicht zu enttäuschen. Die TNA ist zur landesweit drittstärksten Partei geworden und wird die neue Regierung aus der Opposition unterstützen. Am Abend vor dem Abflug besuche ich Nimalka Fernando, auch sie medico-Partnerin der ersten Stunde. Die Menschenrechtsaktivistin hat über Jahre hinweg die Regenbogenkoalition vorbereitet. „Wir haben Rajapaksa besiegt, weil wir die künstliche Trennung von Zivilgesellschaft und Politik eingerissen haben: das ist der Kern des guten Regierens.“

medico unterstützt die Arbeit des Projektpartners SEED zur Wiederansiedlung zurückgekehrter Bürgerkriegsflüchtlinge in Kallikulam und Chemamadu. Seit vielen Jahren arbeitet medico auch mit den im Beitrag erwähnten Menschenrechtsaktivistinnen Sudarshana Gunarwardene, Shreen Saroor und Nimalka Fernando im Netzwerk „Sri Lanka Advocacy“ zusammen.

Spendenstichwort: Sri Lanka

Finde den Fehler



Fotos: Reuters

Das Desaster als Entscheidung. Mehrmals der gleiche Kandidat auf einem Zettel, 18 Prozent Wahlbeteiligung.

Haiti: Hauptsache gewählt? Eine Wahlfarce mit internationaler Unterstützung

Von Katja Maurer

Eines der Ratespiele in Mickey-Mouse-Heften heißt „Finde den Fehler“. Anlässlich der Parlaments- und Senatswahlen in Haiti, die am 9. August 2015 stattfanden, veröffentlichten die haitianischen Zeitungen auch ein solches Rätsel. Sie druckten den Ausschnitt eines Wahlzettels für Senatoren ab, auf dem die Köpfe der Kandidaten, die Partei und der entsprechende Listenplatz vermerkt waren. Darüber stand: Finde den Fehler. Die Lösung: Ein und derselbe Kandidat tauchte unter zwei Namen, zwei Parteien und zwei Listenplätzen auf, unverhohlen mit dem gleichen Foto. Eine Episode, die dafür steht, welche Farce diese Wahlen darstellten. Erst zwei Wochen nach den Wahlen verkündete der Wahlrat, die Wahlbeteiligung habe bei 18 Prozent gelegen. Zudem teilte er mit, dass in 25 von 99 Wahlkreisen die Wahl wegen Wahlfälschung wiederholt werden muss.

Glaubwürdigkeit ist Nebensache

Für Pierre Esperance, den Direktor des haitianischen Menschenrechtsnetzwerkes und medico-Partners RNDDH, ist das bei weitem nicht genug. Denn die Wahlkommission habe Senatoren bestätigt, obwohl in vielen ihrer Wahlkreise, etwa in dem bevölkerungsreichen Elendsviertel Cite Soleil, aufgrund von Unregelmäßigkeiten gar keine Abstimmung stattgefunden habe. Und das Prinzip des Zweigleisig-Fahrens beherrscht auch die Partei des derzeitigen Präsi-

denten Martelly. Sie kandidierte einfach unter zwei verschiedenen Namen. So habe die Wahlkommission einige Martelly-Kandidaten aufgrund von Wahlfälschung und demonstrativer Gewalt gestrichen. Andere wiederum, berichtet Pierre Esperance, seien als gewählte Abgeordnete anerkannt, obwohl gegen sie Verfahren wegen Kidnapping und Korruption anhängig seien. „Die Wahlen waren geprägt von Gewalt, Manipulationen und Irregularitäten“, sagt Esperance. Die internationalen Wahlbeobachter hingegen hätten die Wahlen als „bis auf einige Unregelmäßigkeiten als fair“ bezeichnet. Wie das? „Die EU und die USA interessieren sich nicht für die Qualität der Wahlen.“ Sie haben sie zwar finanziert und die Gelder über die UN in Haiti abgewickelt, aber offenkundig reicht es aus, dass Wahlen durchgeführt werden. Ob sie eine legitime Regierung zustande bringen und der Prozess glaubwürdig ist, ist unbedeutend. „Korrumpierte und gewalttätige Kandidaten werden demnächst Abgeordnete und Senatoren sein“, so Esperance. Einzig die jüngste Entscheidung des Präsidentschaftskandidaten und Universitätsdirektors Lamarque, angesichts der Unregelmäßigkeiten seine Präsidentschaftskandidatur zurückzuziehen, könne die Wahlfarce doch noch in eine „sehr ernsthafte Krise“ stürzen.

Die Diskreditierung des demokratischen Prozesses, zu dem Wahlen wesentlich gehören, hatte bereits nach dem Erdbeben 2010 begonnen. Auch damals drängten die internationalen

Geber, allen voran die USA und die EU, auf die schnelle Durchführung von Präsidentschaftswahlen. Noch im Jahr des Erdbebens fanden sie statt. Nach einer Menschheitskatastrophe mit 250.000 Toten wurde ein ohnehin schwacher Staatsapparat gezwungen, Wahlen durchzuführen statt seine Rolle im Wiederaufbau zu finden. Der haitianische Filmemacher Raoul Peck beschreibt in seinem Dokumentarfilm „Tödliche Hilfe“, in dem er zwei Jahre lang die politischen Prozesse nach dem Erdbeben begleitete, die Durchführung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen als ein Manöver – einen „subtilen Putsch“ –, um einen den USA genehmeren Kandidaten durchzusetzen, der nicht wie der damalige Präsident Preval auf eine linke Vergangenheit im Umfeld von Aristide zurückblickt. Immer wieder sind seither Details über die damaligen Wahlmanipulationen veröffentlicht worden, kürzlich von Al Jazeera: Danach habe die US-amerikanische Agentur für Entwicklungshilfe (USAID) knapp 100.000 US-Dollar an eine Gruppierung gezahlt, die dem späteren Sieger Martelly nahestand. Laut US-Regierungsdokumenten hätten die Zahlungen in direktem Zusammenhang mit US-Einflussnahmen im Streit um die Ergebnisse der ersten Wahlrunde gestanden. Damals hatte die Gruppe Mouvement Tèt Kale (MTK) eine führende Rolle bei den Straßenprotesten bekommen. Letztlich wurde der Preval-Kandidat von der Liste für die zweite Runde gestrichen. Die Gelder für MTK flossen über das USAID-Vertragsunternehmen Chemonics. Die MTK unterstützte die Wahl Martellys.

Martellys Präsidentenlösung lautet seither „Haiti is open for business“. Teure Hotels und ein schicker Flughafen haben die Parallelwelt der einheimischen Elite schöner gemacht. Aber für die meisten Haitianer sieht die Welt anders aus. Haiti ist nach wie vor das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. Zwei Drittel der Bewohner leben unter dem Existenzminimum von zwei Dollar pro Tag, die Hälfte der städtischen Bevöl-

kerung ist arbeitslos und nur 25 Prozent der Bevölkerung verfügen über Sanitäreinrichtungen, die den Namen verdienen. Alles Zahlen des UN Welternährungsprogramms von 2015. Ein Drittel aller Kinder sind im Wachstum zurückgeblieben. Die chronische Unterernährung vieler Familien führt zu dauerhaften Folgeschäden insbesondere für die Kinder, physisch wie psychisch.

Kein Recht auf Rechte

Zu dieser Situation kommt nun noch die Krise um in der Dominikanischen Republik lebende Haitianer oder Dominikaner haitianischer Herkunft. Denn Regierung, Parlament und selbst der Oberste Gerichtshof des als demokratisch beschriebenen haitianischen Nachbarlandes haben die Ausbürgerung ihrer haitianischen Mitbürger beschlossen. Schätzungsweise eine Million Haitianer leben in der Dominikanischen Republik, viele von ihnen seit Generationen. Sie tragen gegen minimale Entlohnung bei maximaler Ausbeutung als Landarbeiterin, Bauarbeiter oder Bedienstete der Touristenressorts wesentlich zur Prosperität der Dominikanischen Republik bei. Gegen sie, und nur gegen sie, wurde der in ganz Lateinamerika übliche Grundsatz des „*ius soli*“, des Geburtsortsprinzips, abgeschafft, und zwar rückwirkend. Die Folge: Viele, die schon lange im Besitz der dominikanischen Staatsbürgerschaft waren, sind plötzlich staatenlos, weil die Behörden ihnen die Verlängerung ihrer Staatsbürgerschaft verweigert haben. Ein fast beispielloser Vorgang im internationalen Recht, der sich nur mit dem Phänomen der Staatenlosigkeit im 20. Jahrhundert der Zwischenkriegszeit und des Nationalsozialismus vergleichen lässt. Auf die Haitianer der Dominikanischen Republik und die Aberkennung ihrer Rechte trifft zu, was die Philosophin Hannah Arendt mit Blick auf die Staatenlosen und Flüchtlinge beschrieben hat: „Die abstrakte Nacktheit ihres Nichts-als-Menschseins war



Das Kreuz hinter der Pappe. Wahlgeheimnis auf haitianisch.

ihre größte Gefahr. Sie waren damit in das zurückgefallen, was die politische Theorie den ‚Naturzustand‘ und die zivilisierte Welt die Barbarei nannte.“

Die haitianische Regierung unter Martelly schaute diesem Geschehen untätig zu. Kein Protest erhob sich aus Port-au-Prince. Und es gibt viele in Haiti, die glauben, dass Martelly nun die Wahlkampfgeschenke der dominikanischen Baufirmen, die nach dem Erdbeben prächtig an Haiti verdienten, durch das schweigende Hinnehmen dieser Politik zurückbezahlt. Pierre Esperance erlebt diese Situation als Katastrophe, deren Höhepunkt möglicherweise erst noch bevorsteht. Seit Juni, so Esperance, seien 10.000 Haitianer aus der Dominikanischen Republik ausgeweisert oder ausgewiesen worden. Sie erhielten keinerlei Hilfen durch die Regierung und ständen mit Nichts da. Nur Hilfsorganisationen würden für das Nötigste sorgen. Ein Regierungsprogramm, das sich der schlimmsten

Nöte dieser Menschen systematisch annehme, existiere nicht. „Jederzeit müssen wir mit weiteren Deportationen rechnen“, meint Esperance. „Es ist keine Struktur vorhanden, die diesen Menschen helfen kann.“ Pierre Esperance ist ein sachlicher Kollege, der stets professionell bleibt. Aber angesichts dieser Entwicklung versagt auch ihm die Stimme.

Die Kooperation mit dem haitianischen Menschenrechtsnetzwerk RNDDH existiert seit 2011. Die Organisation gehört zu den wichtigsten und wenigen Gruppierungen in Haiti, die hörbar Menschenrechtsarbeit in all ihren Facetten leisten. Immer wieder geraten sie bei dieser Arbeit in Konflikte und in Bedrohungssituationen. Ein Interview mit dem Direktor Pierre Esperance findet sich auch in dem medico-Film „Haitianische Erschütterungen“.

Spendenstichwort: Haiti

Abgeschaffter Souverän

Griechenland, von Chile aus gesehen. Carlos Pérez Soto über die Entdemokratisierung der Demokratie im neoliberalen Kapitalismus

Bei den Ereignissen rund um das griechische Referendum und der ihm folgenden Kapitulation der griechischen Regierung unter dem Druck der europäischen Banken handelt es sich für viele in Europa sicher um eine der gravierendsten Verletzungen des demokratischen Repräsentanzprinzips in den vergangenen Jahrzehnten. Aus chilenischer Sicht ist das sicher nicht der gravierendste Fall. Griechenland ist aus hiesiger Perspektive nur ein weiteres starkes Indiz dafür, dass die politische Dimension des Neoliberalismus von einer Tendenz geprägt ist: die Entdemokratisierung der gegenwärtigen „Demokratien“.

Dabei gibt es grundlegende Standards, die nach langen Kämpfen auch in bürgerlichen Demokratietheorien feststehen. Danach erfordert ein demokratisches System direkte Wahlen nach dem Verhältnisprinzip; keine öffentliche Macht darf sich der Volkssouveränität entziehen oder sie umgehen; staatliches Handeln unterliegt einer wirksamen Transparenzpolitik; Bürger werden mittels allgemeiner, verbindlicher Volksentscheide regelmäßig zu relevanten Angelegenheiten befragt. Diese Volksbefragungen können auch Mandate öffentlicher Amtsträger zurücknehmen. Bürger müssen in der Lage sein, mit Unterstützung eines vorgegebenen Anteils der Stimmberechtigten bestimmte Volksbefragungen zu erwirken oder das Parlament dazu zu zwingen, bestimmte Themen zu diskutieren.

Nichts davon geschieht, weder in Griechenland noch in Chile oder in einem beliebigen anderen Land, das Teil der neoliberalen Ordnung ist. Die Zentralbanken regieren und entscheiden über wesentliche Aspekte des Lebens unter Missachtung der Volkssouveränität. Über „Frei“-Handelsabkommen und staatliche Garantien für das transnationale Kapital und die Banken verhandeln die Parlamente im Geheimen und winken diese Abkommen häufig ohne Diskussion durch. Angesichts von niedriger Wahlbeteiligung und Stimmenthaltung haben viele Regierungskoalitionen keine wirkliche Mehrheitsunterstützung der Bevölkerung. Die geltenden Transparenzbestimmungen besitzen keinerlei reale Wirksamkeit. Viele gewählte Vertreter billigen regelmäßig Gesetzesvorhaben, die den Interessen der von ihnen Vertretenen zuwider laufen. Parlamente nehmen absichtlich vage gehaltene Gesetzesentwürfe an, die erst durch Verordnungen der Ministerien und Ämter wirklich Gestalt annehmen und dabei keinerlei Druck der Öffentlichkeit mehr unterliegen.

Rhetorische Untermalung

In der Praxis repräsentieren diese Systeme nicht mehr den Volkswillen. Vielmehr sind sie darauf ausgerichtet, öffentliche Güter im Sinne privater Interessen zu verwalten. Demokrati-

Foto: solidaritywall



Die Nacht der Hoffnung vor dem großen Oxi in Athen. Das demokratische „Nein“ der Vielen wird später vom Grundgesetz der europäischen Austerität missachtet.

sche Rhetorik dient lediglich der Untermauerung. Darin allerdings hat sich der Neoliberalismus als sehr wirksam erwiesen. In Chile haben die demokratischen Regierungen der Concertación schärfere Gesetze zur Merkantilisierung der Gesellschaft, der Bürgerrechte und des staatlichen Handelns verabschiedet als die Pinochet-Diktatur. Diese Form des Neoliberalismus braucht keinen Rückgriff auf eine Schockpolitik durch einen Militärputsch. Dieser Neoliberalismus verzerrt stattdessen den Charakter und die Praxis demokratischer Strukturen tiefgreifend und bis zur Unkenntlichkeit.

Immer wieder gab es die Hoffnung, an die Macht kommende linke Regierungen könnten sich dem Druck der neoliberalen Kräfte entziehen. Und immer wieder wurden diese Hoffnungen enttäuscht. Und immer wieder folgte der Vorwurf des Verrats. Ethische Fragen sind wichtig, um das Handeln Einzelner in der Politik und in der Geschichte zu beurteilen. Aber bevor man solche Urteile fällt, sollte man zualtererst verstehen, was vor sich geht, und erst danach urteilen und – so denn gerechtfertigt – verurteilen. Ein wichtiger Teil der Regierung Tsipras glaubte doch offenbar trotz der überwältigenden Unterstützung durch das Referendum, dass das Risiko, die Banken auf der ganzen Linie herauszufordern, zu groß war. Er fürchtete eine akute Krise bei der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und mit Ressourcen zur Aufrechterhaltung der wenigen noch arbeitenden Betriebe. Er erwartete untragbare Erhöhungen der Preise für Energie, Wasser und Kommunikation. Er ging davon aus, dass er nicht in der Lage wäre, einer Wirtschaftsblockade durch die Eurozone standzuhalten, von der Griechenland in den elementarsten Fragen des Alltagslebens abhängig ist.

Ob die Ängste berechtigt waren oder nicht, ist nicht die zentrale Frage. Das entscheidende Problem besteht darin, dass Griechenland,

oder auch Spanien, Irland oder Portugal überhaupt solchen Befürchtungen ausgesetzt sind. Meines Erachtens liegt das entscheidende Problem in der folgenschweren Deindustrialisierung Europas. Griechenland verfügt nicht über den erforderlichen Produktionsapparat, um eine Wirtschaftsblockade realer Güter zu überstehen. Auch eine Finanzblockade hätte existentielle Folgen.

Niedergang Europas

Dass ein Land ein anderes finanziell ausplündert, ist global nur deshalb möglich, weil die Hauptachse der kapitalistischen Realwirtschaft von den USA und Europa nach China und Indien sowie in andere Schwellenländer verlagert wurde. Es kann keine reale kapitalistische Hegemonie mehr geben, wenn die sie stützende produktive Grundlage verloren gegangen ist. Wer glaubt, dass die USA und Europa ihre Hegemonie und ihre Macht mit Finanzspekulationen und ihrer Vorherrschaft auf technologischem Gebiet aufrecht erhalten können, unterliegt einer Illusion. Europa hat diese strategische Schwäche bislang verschleiert. Die dramatischste Wendung dabei ist die Plünderung eines europäischen Landes durch ein anderes. Dabei wird in Wahrheit nur die Tatsache verhüllt, dass sich die gesamte europäische Wirtschaft im Prozess des Niedergangs befindet. Heute stehen Deutschland und Frankreich gegen Griechenland, Spanien, Irland, Portugal. Morgen werden Italien, die Niederlande, Großbritannien und Frankreich selbst an der Reihe sein. Und der Tag ist nicht weit, an dem Deutschland im Schatten von China und Indien stehen wird. Wir leben in einer tragischen, endgültigen Zeit, in der der jahrhundertalte europäische Dünkel nur noch kurz aufflackert, bevor er erlischt. Dieser Dünkel hat die Welt verwüstet. Und die Deutschen haben ihn immer besonders gut repräsentiert.

Wir alle stehen vor der großen Herausforderung, auf diese europäischen Probleme, die auch die lateinamerikanischen sind, möglichst konkrete Antworten zu finden. Meiner Ansicht nach macht eine radikal demokratische und gleichzeitig radikal linke Perspektive zumindest folgende Maßnahmen erforderlich: Die erste und dringendste besteht darin, Schulden und Garantieverpflichtungen, die von korrupten Regierungen aufgenommen und eingegangen wurden, für nichtig zu erklären. Jede Form von Korruption muss in öffentlichen Gerichtsverfahren verhandelt werden. Dabei geht es nicht um einen Denkkzettel, eine Einführung von Volksgerichten oder um die Verhängung exemplarischer Strafen. Es geht darum, die Strafbarkeit solcher Handlungen vor der eigenen Öffentlichkeit und gegenüber internationalen Gremien zu bekräftigen, ja dies sogar durch einen bindenden Volksentscheid zu bestätigen. Dies ist in Island exemplarisch erfolgt. [Damals wurde per Referendum entschieden, die Banken nicht zu retten und viele für die Bankenkrise Verantwortliche vor Gericht gestellt, d. Red.] Das müsste sich vielerorts wiederholen. Eine zweite Maßnahme bestünde darin, dass die Staaten öffentlich ankündigen, nicht mehr für die von privaten Banken oder sonstigen Unternehmen im Ausland aufgenommenen Schulden zu bürgen.

Reindustrialisierung auf Sparflamme

Solche Maßnahmen können die laufende Krise vielleicht verlangsamen, rückgängig machen können sie sie nicht. Um gegen ein alles verschlingendes Finanzkapital wieder Hoffnung auf eine reale Alternative zu schaffen, müssten wir radikal und zeitnah in autonome Nahrungsmittel- und Energieversorgung und in den Wiederaufbau von Leichtindustrie investieren. Ich spreche von einer Politik der Wiederindustrialisierung auf Sparflamme. Nur so haben alterna-

tive Modelle, wie sie in Griechenland gedacht wurden, eine Chance, sich gegen die zu erwartende ökonomische Blockade von Kapital und Waren zu wappnen. Damit dies nachhaltig gestaltet werden kann, ist es erforderlich, alle Naturressourcen zu nationalisieren, die für die Volkswirtschaft von strategischer Bedeutung sein könnten, und Gesetze zu erlassen, die sicherstellen, dass die daraus erwirtschafteten Güter der Gesamtgesellschaft zugutekommen. Diese Ressourcen könnten zudem als Grundlage für Verhandlungen mit den Weltwirtschaftsgremien dienen, um sich Ressourcen für eine Politik der Autonomie und Wiederindustrialisierung zu verschaffen.

Sicherlich wird all dies mittelfristig nicht ausreichen. Ein demokratisches, radikales, linkes Programm müsste vorrangig die Ausgaben auf den Gebieten des Gesundheits- und Bildungswesens sowie des Rentensystems verstärken, auf der Grundlage dezentral verwalteter staatlicher Systeme, die in der Lage sind, den Bedarf vollständig abzudecken. Was wir wollen, ist weder idealistisch, noch utopisch. Erstmals in der Geschichte der Menschheit haben wir viel mehr Lösungen als Probleme zur Hand. Für die große, aus vielen Linken bestehende Linke, stellt sich die Aufgabe, so konkret wie möglich die beiden wesentlichen Aufgaben anzugehen: das Sammeln und das Vorantreiben.

Übersetzung: Ralph Apel

Carlos Pérez Soto ist einer der populärsten politischen Philosophen der chilenischen Linken. 2013 war er Gast auf dem u.a. von medico international organisierten Tagesseminar „Chile im Wandel“. Die Dokumentation des Seminars findet sich hier: www.medico.de/chile-im-wandel

Wir sind nicht ohnmächtig

Spanien: Der Widerstand gegen die Zerschlagung des öffentlichen Gesundheitswesens

Von Harald Uetz

Bis vor drei Jahren war die Entwicklung des öffentlichen spanischen Gesundheitswesens eine Geschichte der sukzessiven Erweiterung sozialer Rechte. Mit dem Übergang der Franco-Diktatur in eine demokratische Staatsform hatte Gesundheit als Leitwert Eingang in die Verfassung gefunden. Seit 1986 steuerfinanziert, schloss das Gesundheitssystem seit dem Jahr 2000 alle in Spanien gemeldeten Personen in das Versorgungssystem ein. Im Jahr 2011, also bereits mitten in der Krise, schrieb die sozialistische Regierung Zapateros mit dem „Gesetz der öffentlichen Gesundheit“ die Versorgung für alle im Staatsgebiet Lebenden fest, so dass auch Arbeitsmigrantinnen und -migranten sowie Flüchtlinge ein Recht auf eine fachgerechte medizinische Versorgung hatten. Das Gesundheitssystem mit einer überdurchschnittlich hohen Ärztedichte stieß in der Bevölkerung auf große Akzeptanz und trug zur höchsten Lebenserwartung in Europa nach der Schweiz bei. Dabei lagen die Ausgaben leicht unterhalb des OECD-Durchschnitts.

Rolle rückwärts

Im April 2012, inmitten der Krise, vollzog die konservative Partido Popular (PP) dann per Dekret (Real Decreto Ley 16/2012) einen tiefen Einschnitt in das Gesundheitswesen: Im Zuge der Sparpolitik sollten Leistungen zurückgefahren und privatisiert werden. Konkret wurde

der Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung bis auf Migranten mit Arbeiterlaubnis auf spanische Staatsbürger begrenzt. Faktisch wurden dadurch bis zu eine Million Menschen aus der Krankenversicherung ausgeschlossen, insbesondere illegalisierte Arbeitsmigranten und Flüchtlinge ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Zudem wurde zwischen Grund- und Zusatzleistungen unterschieden, wodurch viele bis dahin finanzierte Leistungen aus dem System herausgenommen wurden. Schließlich wurden die Zuzahlungen für Medikamente und Heilmittel drastisch angehoben. Insgesamt ist das öffentliche Gesundheitssystem der Bereich, in dem im Zuge der Austeritätspolitik am stärksten gekürzt wurde, in manchen Region um bis zu 15%. Im Gegenzug wuchs der Markt für Versicherungen und private Krankenversorgung – der einzige Wachstumsmarkt in der Krise. Die Folgen für die Personen, die keinen Zugang zur Krankenversicherung mehr haben, sind teilweise dramatisch. Ihnen wird ärztliche Behandlung verweigert oder eine Behandlung wird erst nach Barzahlung durchgeführt.

Bereits am 15. Mai 2011 hatten sich zahlreiche Initiativen in ihrem Widerstand gegen die Austeritätspolitik zur „Movimiento 15-M“ zusammengeschlossen. Schnell bildeten sich neue Koalitionen zwischen Menschenrechtsgruppen, Flüchtlingshilfebüros und medizinischen NGOs. Im September 2012 ergoss sich die „weiße Flut“ („marea blanca“) auf die Straßen Mad-



Protestaktion von Yo Sí Sanidad gegen die Ausgrenzung von illegalisierten Arbeitsmigranten und Flüchtlingen aus der Gesundheitsversorgung.

rids: Zehntausende weißbekittelte Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten gegen eine neuerliche Privatisierungswelle im Gesundheitsbereich und konnten zumindest Teilerfolge erzielen, etwa die Rücknahme der Privatisierungspläne für sechs öffentlich erbaute Krankenhäuser. Aus diesen Protesten heraus entstand „Yo Sí Sanidad Universal“, eine unabhängige Bewegung, die sich für das Recht auf Gesundheit für alle Menschen einsetzt.

Ziviler Ungehorsam

In ihrem Kampf gegen das Dekret 16/2012 und für den Zugang aller in Spanien lebenden Menschen zu ärztlicher Behandlung haben sich Menschen, viele aus Gesundheitsberufen, in den Stadtteil- und Nachbarschaftskomitees von Yo Sí Sanidad zusammengeschlossen. „Mittlerweile gibt es allein in Madrid 24 Gruppen“, erzählt die Ärztin und Aktivistin Rosa Bajo. In regelmäßigen Stadtteiltreffen, soge-

nannten Asambleas, werden konkrete Hilfen für Personen aus dem Quartier in Gang gebracht. Diese bestehen jedoch bewusst nicht darin, selbst Gesundheitsdienste anzubieten und alternative Strukturen im Gesundheitsbereich aufzubauen. Vielmehr pocht Yo Sí Sanidad auf der öffentlichen Verantwortung und dem Recht auf Gesundheit für alle. „Unsere Strategie“, ergänzt Ruiz-Giménez, ebenfalls Arzt, „ist professioneller ziviler Ungehorsam.“ So werden aus der Gesundheitsversorgung ausgeschlossene Kranke von Ehrenamtlichen zu Ärzten oder in Krankenhäuser begleitet, wo sie solange auf einer ärztlichen Behandlung bestünden, bis diese erfolge. In Workshops werden die Ehrenamtlichen in solchen Formen zivilen Ungehorsams geschult. Ruiz-Giménez: „Im Zweifelsfall wird ein Kranker dann eben zum Notfall, der behandelt werden muss.“

Neben dieser Basisarbeit hat Yo Sí Sanidad Universal auch Klage gegen das Dekret eingereicht. Zudem beteiligte sich die Initiative am „Aufruf zur Gewissensverweigerung“, eine Initiative, in der Ärztinnen und Therapeuten öffentlich bekannten, sich nicht an die Auflagen des Dekrets zu halten und sämtliche Patienten zu behandeln. Ruiz-Giménez betont, wie wichtig die Kultur der Asambleas mit ihren demokratischen Entscheidungsstrukturen und der Stärkung der Betroffenen zu eigenem Handeln sei. Yo Sí Sanidad müsse unabhängig von Parteien und Gewerkschaften bleiben. Die Erfahrung der vergangenen Jahre habe gezeigt: „Wir können etwas ändern. Wir sind nicht ohnmächtig.“

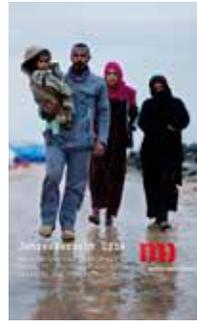
Harald Uetz ist Mitglied der Tübinger medico-Ortsgruppe. Gemeinsam mit andern lokalen politischen Basisgruppen reisten sie im April 2015 nach Madrid, um sich mit unabhängigen spanischen Basisinitiativen auszutauschen, darunter Yo Sí Sanidad Universal.



1



2



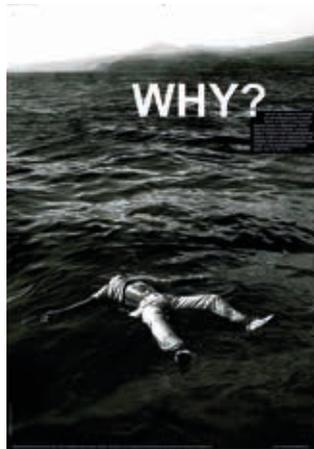
3



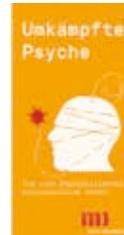
4



5



6



7

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 Stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

3 medico-Jahresbericht 2014

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 medico-Kampagne Tödliche Textilfabriken

Solidarisieren Sie sich! Gemeinsam mit den großen deutschen Gewerkschaften ruft medico zu Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern der globalisierten Textilindustrie und ihren Familien auf: Für die Finanzierung eines Opferfonds, für die Unterstützung der Klage und für den Ankauf eines Gewerkschaftshauses in Karatschi. Bestellen Sie jetzt Flyer und Plakate, um die konkrete Unterstützung, die medico leistet, bekannt zu machen.

6 WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

[DIN A1] Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Spendenstichwort: Migration

7 Umkämpfte Psyche

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

Ich bestelle:

- _____ Broschüre: stiftung medico international
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft medico-Jahresbericht 2014
 _____ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge
 _____ Kampagnenmaterial Tödliche Textilfabriken
 _____ Plakat: WHY? DIN A1
 _____ Faltblatt: Umkämpfte Psyche
 _____ Abonnement medico-Rundschreiben vier Hefte/Jahr

Anzahl _____

Name _____

Straße _____

Ort _____

Meine Spendennummer _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
 dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN/KTO _____

BANK _____

BIC/BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an
 medico international
 Burgstraße 106
 D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an (069) 43 60 02



Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, lang-

fristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, BIC: HELADEF1822, IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Arlt und Hendrik Specken

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.
Tel.: [069] 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,
Tel.: [069] 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Impressum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Arlt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

medico vor Ort

4.10. Nürnberg: Das nächste Mal Europa

Film „Land rush“ mit Vorfilm „Das nächste Mal Europa“,
Anschließend Gespräch über Landraub und Migration mit Ilija
Trojanow und Thomas Gebauer

5.10. Frankfurt: Von Kongo nach Europa

Lesung mit Emmanuel Mbolela, Buchladen und Café Ypsilon

6.10. Nürnberg: Filmfestival der Menschenrechte
Benefiz für medico von Urban Priol

8.10. Herrenberg: Flucht und Fluchtursachen

Eine Weltladen, Vortrag und Diskussion mit Thomas Gebauer

16.-18.10. München: Welcome Theater

Eröffnungsvortrag zum Thema Flucht, Ousmane Diarra
[medico-Partner AME aus Mali], Münchner Kammerspiele

17.10. Berlin, 19.10. Frankfurt sowie **20.10. Tübingen:**

**Zwischen Fürsorge und Emanzipation: Gesundheitskämpfe in
Südafrika.** Diskussion mit den Gesundheitsaktivistinnen und
medico-Partnerinnen Anna Genu und Violet Kaseke

19.10. Frankfurt: Flucht. Was kann getan werden?

Podiumsdiskussion mit Ousmane Diarra [AME] und Thomas
Gebauer [medico], Club Voltaire

29.10. Esslingen: Zukunftskino

Vortrag Fluchtursachen von Thomas Gebauer

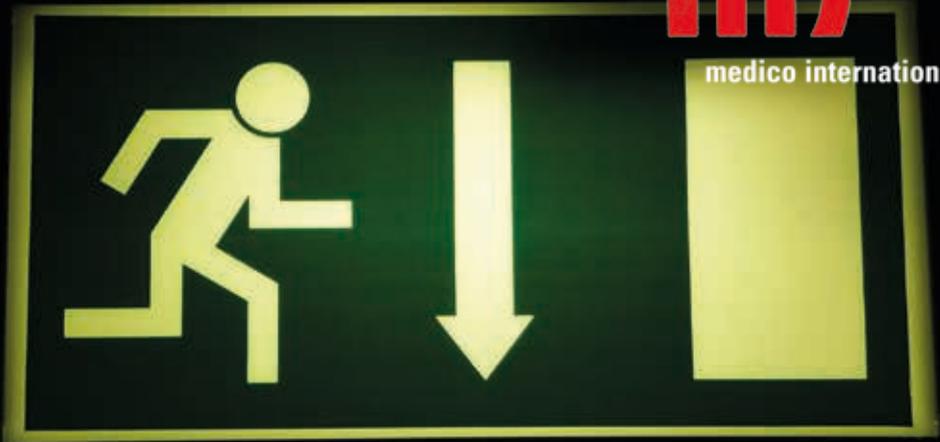
5.11. Berlin: Interessenkonflikte in Gesundheitssystemen

Fachtagung Deutsche Plattform für Globale Gesundheit

20.-22.11. Göttingen: Migration-Frieden-Human Security

Konferenz u.a. mit Thomas Gebauer und Martin Glasenapp

Dies ist nur ein Auszug aus der Vielzahl von Veranstaltungen,
die unter Beteiligung von medico-Mitarbeiterinnen und Mit-
arbeitern stattfinden. Gern kommen wir auch zu Ihnen.
Detaillierte Informationen finden Sie auf unserer Webseite
unter: www.medico.de/kalender



3.1. Fluchtwege sind Verkehrswege, an die besondere Anforderungen zu stellen sind und die der Flucht aus einem möglichen Gefährdungsbereich und in der Regel zugleich der Rettung von Personen dienen. Fluchtwege führen ins Freie oder in einen gesicherten Bereich.

4.2. Fluchtwege, Notausgänge und Notausstiege müssen ständig freigehalten werden, damit sie jederzeit benutzt werden können.

4.8. Fluchtwege sind deutlich erkennbar und dauerhaft zu kennzeichnen.

5.1. Fluchtwege sind in Abhängigkeit von vorhandenen Gefährdungen anzuordnen.

5.3. Die Mindestbreite der Fluchtwege bemisst sich nach der Höchstzahl der Personen, die im Bedarfsfall den Fluchtweg benutzen. Die Mindestbreite des Fluchtweges darf durch Einbauten oder Einrichtungen nicht eingeengt werden.

6.5. Am Ende eines Fluchtweges muss der Bereich im Freien bzw. der gesicherte Bereich so gestaltet und bemessen sein, dass sich kein Rückstau bilden kann und alle über den Fluchtweg flüchtenden Personen ohne Gefahren aufgenommen werden können.

Auszüge aus: Technische Regeln für Arbeitsstätten, „Fluchtwege und Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan“, ASR A2.3, August 2007, zuletzt geändert GMBI 2014